

Bachmann, Ruediger

Research Report

Quo vadis, USA?

Kiel Report, No. 4

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Bachmann, Ruediger (2025) : Quo vadis, USA?, Kiel Report, No. 4, Kiel Institute for the World Economy (IfW Kiel), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/323951>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIEL REPORT

Rüdiger Bachmann

Quo vadis, USA?



Nr. 4 | Juli 2025

Überblick

- Die zweite Präsidentschaft Donald Trumps könnte die Vereinigten Staaten noch tiefer in eine erratische, autoritär geprägte Politik treiben – mit globalen Folgen. Deutschland und Europa dürfen darauf nicht mit Abwarten reagieren, sondern müssen strategisch und entschlossen handeln. Dabei liegt die Unberechenbarkeit Trumps nicht allein an seiner Persönlichkeit, sondern ist strukturell bedingt. Der sogenannte Trumpismus ist keine konsistente Ideologie, sondern ein instabiles Machtbündnis verschiedenster Strömungen – von christlichem Nationalismus über Großmachtchauvinismus bis hin zu technokratischem Oligarchendenken. Diese Koalition bleibt nur durch autoritäre Führungsloyalität und Feindbildmobilisierung zusammen – und produziert damit zwangsläufig erratische Politik.
- Auch ökonomisch drohen massive Verwerfungen. Trumps protektionistische Agenda ist ineffizient und teils bewusst destruktiv angelegt. Besonders gravierend: Die fahrlässige Zoll- und Schuldenpolitik gefährdet die weltweite Rolle des US-Dollars als Reservewährung. Die Welt benötigt momentan aber den Kapitalmarkt der USA, während die USA sich damit einen hohen Konsum finanzieren können. Ein Rückzug globaler Kapitalströme aus den USA würde daher nicht nur der amerikanischen Wirtschaft schaden, sondern auch das internationale Finanzsystem destabilisieren. Erste Anzeichen für einen solchen Vertrauensverlust sind bereits sichtbar.
- Die richtige Reaktion Deutschlands und vor allem Europas auf diese Erratik und Unsicherheit ist gerade kein Attentismus, sondern ein proaktives Umgehen damit. Europa muss unter den Bedingungen einer großmachtpolitisch geprägten Welt selbst zu einer strategischen Großmacht werden – militärisch, ökonomisch und kulturell. Andernfalls droht der politische Bedeutungsverlust in einer zunehmend multipolaren Welt.
- Während bei der militärischen Stärkung erste Schritte erkennbar sind, fehlt es an einer ambitionierten Innovations- und Wachstumspolitik. Besonders kritisch sind die Rückschritte Europas bei Bildung und kulturellem Einfluss: Statt globale Talente anzuziehen, dominierten Abschottungstendenzen und provinzielles Denken – etwa in der deutschen Hochschul- und Steuerpolitik.

- Die vorliegende Analyse zeichnet ein besorgniserregendes Bild der transatlantischen Zukunft: Die USA unter Trumps zweiter Präsidentschaft könnten multilaterale Institutionen weiter schwächen, Europa nicht mehr als Partner, sondern als Rivalen betrachten. Ein nostalgischer Transatlantizismus ist deshalb keine tragfähige Option mehr. Ein Europa, das aus vielen Schweizen besteht, ist nicht überlebensfähig. Nur eine geeinte, gestaltungsfähige europäische Großmacht könnte dem globalen Machtvakuum etwas entgegensetzen. Die politische Existenz Europas steht auf dem Spiel.

Schlüsselwörter: Donald Trump, USA, Populismus, Wirtschaftspolitik

JEL Codes: D72, E60, E65, E66, H60

Autor:

Rüdiger Bachmann

University of Michigan

rudib@umich.edu

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren, nicht beim Institut. Etwaige Kommentare sollten direkt an den entsprechenden Autor gerichtet werden.

Quo vadis, USA?

Rüdiger Bachmann

30. Juni 2025

Eigentlich ist die Titelfrage nicht zu beantworten. Das liegt vor allem daran, dass die hinter dem Trumpregime, das ja die USA in mindestens zwei der drei Gewalten regiert, stehende Bewegung, MAGA (*Make America Great Again*) oder Trumpismus, kein Monolith ist. Vielmehr ist sie, wie darzulegen sein wird, eine vermutlich nur durch das spezielle Charisma des „*Dear Leader*“ zusammengehaltene Ansammlung ganz heterogener, nur zum Teil überlappender politischer und gesellschaftlicher Strömungen: Autoritarismus, Postliberalismus, eine reaktionäre Faszination mit dem 19. Jahrhundert, (chauvinistische) Großmachtpolitik, Merkantilismus, Physiokratie sowie überhaupt veraltete ökonomische Theorien und ebensolches Quacksalbertum, Libertarismus im Sinne einer radikalen „*small government*“-Bewegung, oligarchischer Techno-Neofeudalismus, (christlicher) Nationalismus, Rechtskommunitarismus und Isolationismus, Populismus und Plebejismus, rechte Identitäts- und Opferpolitik, Internetegdelordismus, Machismus und Incelismus, Idiokratie sowie, vor allem in der Familie Trump selbst, eine mafiöse Kleptokratie. In der Person Donald Trumps und durch den ihm unbedingt geschuldeten und bisher auch absolut zuteilgewordenen Gehorsam in der Bewegung kommt ein genuin idiosynkratisches Moment hinzu, das zusammen mit den genannten, vom Präsidenten irgendwie zusammenzuhaltenden disparaten Strömungen – die Interessen der Tech-Oligarchen etwa in der Zoll- und Migrationspolitik sind partiell andere als die des plebejischen Zweigs der Bewegung; in der Außenpolitik stehen die Interessen der Großmachtpolitiker partiell denen der Isolationisten gegenüber; das libertäre Moment im Trumpismus versus das kommunitaristische; die Idiokratie widerspricht dem kommunizierten Meisterstrategemum – und den auch vom US-Präsidenten nicht auszuschaltenden kapitalistischen Marktkräften dafür sorgt, dass die Politik des Regimes immer erratisch und damit unvorhersagbar sein wird. Wer zuletzt mit dem Präsidenten im Oval Office, wer mit ihm am Telefon war – diese Faktoren bestimmen derzeit Weltpolitik. Man darf sich den Trumpismus daher trotz seines Binnenpluralismus gerade nicht als eine deliberative, zwischen verschiedenen Aspekten und Strömungen abwägende Bewegung vorstellen, sondern eher als einen brüllenden Streit, ein Buhlen um Aufmerksamkeit. Überhaupt muss vor allzu ambitionierten Versuchen gewarnt werden, das Trumpregime und seine Politikmaßnahmen zu rationalisieren. Auch diese Arbeit wird in diese Falle tappen, weshalb gleich zu Beginn der entsprechende Warnhinweis erfolgt.

Vielleicht etwas gewagt, lässt sich der Trumpismus als *hemidialektisch* charakterisieren. Manchmal, wie zu zeigen sein wird, leben seine Widersprüche in der Tat in einem echten sich aufhebenden, vermittelten, eben dialektischen Verhältnis zueinander, etwa wenn idiokratische Erratik als Meister-

strategie, der Isolationismus als Teil der Großmachtpolitik oder der libertäre, oligarchische Techno-feudalismus als wahres plebejisches und kommunitaristisches Programm behauptet wird. Viel öfter stehen die Widersprüche jedoch einfach roh, unvermittelt und eben im Streit nebeneinander, allenfalls zusammengehalten durch die Klammern des Autoritarismus und der Kleptokratie, die in der obigen Aufzählung bewusst an den Anfang und das Ende gestellt wurden.

Die Erratik des Trumpregimes und die daraus resultierende Unsicherheit, die durch die hohe Frequenz in der Umsetzung seiner Agenda noch verstärkt wird, ist wiederum eine gewollte Folge zweiter Ordnung, um Widerstand gegen das Regime von vorneherein zu erschweren. Denn dieser Widerstand ist rationale Deliberation gewohnt, die in dem vom Trumpregime bewusst kreierten permanenten Ausnahmezustand (Carl Schmitt) und angesichts des Speichelleckertums seines Umfelds schlechterdings nicht möglich ist.

Auch die mittelfristige Entwicklung der USA nach Trump ist nur schwer zu prognostizieren. Ein Grund dafür ist derselbe, der auch schon die Prognose für die verbleibenden dreieinhalb Jahre dieser Präsidentschaft so schwierig macht: Es ist völlig unklar, wie der objektiv-ökonomische sowie der psychopolitische Zustand der USA bei den nächsten Wahlen sein werden. Zwar ist es möglich, wenn auch nach derzeitigem Stand nicht sehr wahrscheinlich, dass es in den USA keine wenigstens einigermaßen freien und fairen Wahlen mehr geben wird. Ebenso unwahrscheinlich erscheint es, dass Trump wirklich eine eigentlich verfassungswidrige dritte Amtszeit anstrebt. Entsprechende anderslautende Äußerungen Trumps und Teilen der Bewegung sind wohl noch als Internetedgelordismus, als Trolling zu interpretieren. Aber selbst wenn die Demokraten das Trumpregime sowohl in der Exekutive als auch in der Legislative entscheidend besiegen, ist es unklar, welche Art von demokratischer Partei diesen Wahlsieg errungen haben und in welchem Zustand sie das Land vorfinden wird.

Darüber hinaus ist eine weitere Frage ungeklärt: Wie stark hängt der Trumpismus von der Person und dem Charisma von Trump selbst ab? Es gibt durchaus Hinweise darauf, dass mögliche Nachfolger nicht denselben elektoralen Erfolg wie Trump hätten.¹ Genau diese Tatsache könnte jedoch die autoritären Tendenzen der Bewegung in einer Post-Trump-Ära verstärken. In dieser Lesart wären Trump und sein elektorales Charisma nur das erste, für die bestehende Ordnung rein destruktive Mittel zum eigentlichen Zweck, der dann konstruktiven Errichtung eines dauerhaft autoritären Regimes in den USA, dessen genaue Ausrichtung noch unklar ist. Umgekehrt könnten zukünftige Auseinandersetzungen um die spezifische Ausrichtung des Regimes – etwa christlich-nationalistisch-plebejisch versus techno-neofeudalistisch-oligarchisch – zu zersetzenden Konflikten innerhalb der Bewegung führen, die die autoritären Ambitionen dann verhindern. In der mittleren Frist sind deshalb derzeit folgende

¹Eine Umfrage des US-Senders NBC aus dem März 2025 (die Beliebtheit des Vizepräsidenten wird nicht so häufig abgefragt) sah Trump bei 46% (49%) positiv (negativ), aber den Vizepräsidenten JD Vance bei nur 41% (47%) positiv (negativ), siehe NBC News Survey (2025).

Szenarien denkbar, wenn auch mit absteigender Wahrscheinlichkeit: eine permanent von trumpesken politischen Bewegungen gefährdete instabile Demokratie; eine kompetitive Autokratie etwa nach dem Vorbild Ungarns – dies ist nur deshalb nicht als das wahrscheinlichste Szenario anzusehen ist, weil die USA eben doch eine andere politische Kultur und Mentalität sowie eine ausdifferenziertere Dezentralität im Staatsaufbau aufweisen; eine lupenreine techno-feudalistische Oligarchie; eine Lateinamerikanisierung der USA mit endlosen Zyklen sich abwechselnder rechts- und linksautokratischer populistischer Regime, etwa dann, wenn die Macht in der demokratischen Partei an ihre linksradikalen und linkspopulistischen Strömungen, von entsprechenden Internetbewegungen verstärkt, fällt (was in der GOP möglich war – warum sollte das nicht auch in der demokratischen Partei möglich sein);² eine Implosion des Trumpismus und eine Rückkehr zu früheren Verhältnissen mit einer Rückeroberung der GOP durch konservativ-zentristische, an konkreter Politik interessierte Politiker und Intellektuelle, die dann aber im Zusammenspiel mit einer ähnlich, nur progressiv-zentristisch ausgerichteten demokratischen Partei für eine umfassende Modernisierung und Robustifizierung der Institutionen in den USA sorgen müsste; schließlich ein Abgleiten in ein vollkommen totalitäres Regime à la Russland oder China.

Die obige Liste von Ismen, Archien und Kratien ließe sich sicherlich noch etwas verlängern. Im Ergebnis handelt es sich beim Trumpismus um eine binnenplurale, aber nichtdeliberative Sammelbewegung von Strömungen, die, in einem wiederum Schmittschen Blick auf Politik, ein gemeinsames Feindbild haben: die liberale, republikanisch-demokratische Ordnung, also eine Ordnung, die auf mehrfach vermittelte und eingeschränkte Mehrheitsentscheidungen setzt und anerkennt, dass sie (Böckenförde) auf Voraussetzungen beruht, die sie nicht selbst schaffen kann; die auf mehrfache, horizontale und vertikale Gewaltenteilung setzt und auf die Freiheit der Kunst, Wissenschaft und Presse sowie eine hochqualifizierte, unpolitische Verwaltung und Reform statt Revolution als Modus der gesellschaftlichen Anpassung an veränderte innere und äußere Bedingungen.

Für Europa als größtes und relevantestes Staatesgebilde, das auf einer liberalen, republikanisch-demokratischen Ordnung im genannten Sinne aufbaut, ergibt sich durchaus, dass die USA Europa als strategischen und systemischen Rivalen ansehen müssen. Solange diese Ordnung in Europa einigermaßen funktioniert – derzeit ist sie sowohl von innen als auch von außen hoch gefährdet –, stellt sie für den Trumpismus eine Quelle des Widerstands dar, die so wenig wirksam wie möglich gemacht werden muss. Kluge Politik in Europa sollte dieses Faktum zunächst anerkennen und die Äußerungen und Maßnahmen des Trumpregimes entsprechend interpretieren. Dazu sollte man naiven Transatlantizismus aufgeben und die USA unter Trump ebenfalls als strategischen und systemischen Rivalen

²Vielleicht ist der überraschende Vorwahlerfolg des selbstbezeichneten demokratischen Sozialisten Zohran Mamdani für das Bürgermeisteramt von New York City – immerhin keine ganz unwichtige amerikanische Stadt – ein erster Vorboten einer solchen Neuorientierung der demokratischen Partei; sozusagen ein linker *Tea Party* Moment.

anerkennen und entsprechend handeln. Europa als liberale, republikanisch-demokratische Ordnung, konkretisiert unter anderem in der EU, ist für den Trumpismus ein ähnliches Problem wie die Existenz einer erfolgreichen prowestlichen und proeuropäischen Ukraine für den Putinismus oder die Existenz Taiwans für den Neomaoismus eines Xi Jinping.

Diese Arbeit möchte in drei Hauptteilen Folgendes leisten: 1) Eine Substantiierung der behaupteten Binnenheterogenität des Trumpismus. 2) Spezifischer: eine Diskussion der wirtschaftspolitisch relevanten Ideen und Maßnahmen des Trumpregimes. 3) Eine Beschreibung der aktuellen wirtschaftlichen Situation in den USA.

1 Was ist Trumpismus?

Autoritarismus

Der folgende Satz aus einem Interview mit Donald Trump aus dem Juni 2018, in dem unter anderem der nordkoreanische Diktator Kim Jong Un Thema ist, sagt vielleicht schon alles: „He speaks and his people sit up at attention. I want my people to do the same.“ Und vielleicht noch treffender: Trump und Trumpisten gleichermaßen sehen in der kompetitiven Autokratie (Levitsky und Way: 2002) Ungarns unter Ministerpräsident Viktor Orbán ihr Vorbild (Dessewffy: 2024; Shapiro und Vegh: 2024). Das Trumpregime ist zunächst und vor allem ein autoritäres Regime. In den ersten Monaten seit der Amtsübernahme im Januar 2025 haben die USA in atemberaubender Frequenz autoritäre Maßnahmen erlebt: zum Beispiel die Aushebelung wichtiger Verfassungsgrundsätze durch die Verbringung sich auf dem Territorium der USA befindender Personen ohne vorherige Feststellung ihrer Staatsbürgerschaft oder ihrer Aufenthaltsberechtigung durch die unabhängige Justiz. Damit wird es dem Regime im Prinzip ermöglicht, jede Person, Staatsbürger eingeschlossen (NPR: 2025a), aus den USA außer Landes und damit außerhalb der Jurisdiktion amerikanischer Gerichte zu bringen (Chait: 2025), um im Zweifel hinterher einen dann nicht mehr zu korrigierenden Verwaltungsfehler zu behaupten. So geschehen im Fall von Kilmar Abrego Garcia. Dieser Fall muss wohl auch als die erste offene Verfassungskrise unter Trump angesehen werden. In Reaktion auf das Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA – „to facilitate the return of“³ (Supreme Court of the United States: 2025a) – entgegnete der Präsident Ende April 2025 in einem Interview mit dem US Sender ABC: „I could“, ohne es jedoch tun zu wollen (BBC News: 2025a). Dass Kilmar Abrego Garcia über einen Monat später dann doch in die USA zurückkehrte, ändert nichts am zumindest temporären Zustand des

³Der Oberste Gerichtshof ließ das „facilitate“ der unteren Instanz stehen, wies aber deren „effectuate“ als unklar zurück.

offenen Verfassungsbruchs durch Trumps öffentlich geäußerte Weigerung, ein Urteil des Obersten Gerichtshofs umzusetzen.

Ein ähnliches Bild einer prekär gewordenen und in Richtung Autoritarismus verschobenen Verfassungsstatik entsteht auch durch die Drohungen verschiedener Politiker der Administration sowie republikanischer Abgeordneter gegenüber Richtern mit Amtsenthebungsverfahren und Verhaftungen (siehe etwa: CNN: 2025b).⁴ Doch nicht nur der Judikative droht das Trumpregime.⁵ Auch die Legislative fühlt sich bedroht. So hat etwa die Senior Senatorin Alaskas, Lisa Murkowski, Mitglied der Republikanischen Partei, in einem bemerkenswerten Video ihre Angst vor Repression ausgedrückt (Politico: 2025b). Und das offenbar mit gutem Grund, wie die brutale Behandlung des Senior Senators von Kalifornien, Alejandro Padilla, durch das FBI und den *Secret Service* bei einer Pressekonferenz der Heimatschutzministerin Kristi Noem zeigt.

Und auch die Bürger des Landes, die an dieser Stelle die *permanent residents*, also Einwohner mit legaler und dauerhafter Aufenthaltsberechtigung, einschließen sollen, werden mit dem Verlust von Rechten aus der Verfassung sowie aus der Rechtstradition und Rechtspraxis nicht nur bedroht, sondern konkret konfrontiert. So denkt der stellvertretende Stabschef des Weißen Hauses, Stephen Miller, laut über eine Aufhebung von *Habeas Corpus* nach (BBC: 2025b), einem uralten Prinzip des angelsächsischen Rechts, kodifiziert im ersten Artikel der US-Verfassung. Das Trumpregime plant außerdem eine suchbare nationale Datenbank aller US-Bürger, was bisher ein großes Tabu in den USA war (NPR: 2025c). Die Fälle des Deutschen Fabian Schmidt, der als *permanent resident* am Bostoner Flughafen verhaftet und erst nach Wochen wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, sowie des Algeriers Mahmoud Khalil, der aufgrund einer fragwürdigen Entscheidung des US-Außenministers über außenpolitische Interessen der USA in Abschiebehaft kam, verstoßen gegen den Grundsatz der Rechtssicherheit und gegen das Gebot der Willkürfreiheit. Hier wurde Millionen von *permanent residents* medienwirksam deutlich gemacht, dass ihr Aufenthaltsstatus und damit ihre Lebensumstände über Nacht von stabil auf prekär gestellt werden können.

Im weiteren Verlauf wurde immer deutlicher, dass das Trumpregime Abschiebungen nicht auf Bandenmitglieder und andere Kriminelle beschränkt (BBC News: 2025b). Dies gipfelte schließlich in den Juni-Unruhen in Los Angeles und in einer möglichen Verletzung des *Posse Comitatus Act* (Reuters: 2025a), der den Einsatz des Bundesmilitärs zur Durchsetzung von Polizeiaufgaben im Inland verbietet.⁶ Nach Auffassung von Schweighauser (2025) ist gerade die eskalatorische Repression, die

⁴Im selben Artikel wird auch von Forderungen nach Verhaftungen von Gouverneuren von Bundesstaaten berichtet.

⁵Zu diesem Komplex der Unterminierung des Justizsystems gehören auch die zahlreichen Drohungen und Schikaniierungen gegenüber privaten Anwaltskanzleien durch *executive orders* und *presidential memoranda*.

⁶Nach scharfer innenpolitischer Kritik an den Ereignissen in Los Angeles ordnete Trump an, Migranten nicht mehr auf Farmen und in der Gastronomie zu verhaften (The New York Times: 2025b). Dies wurde allerdings am 16. Juni schon wieder zurückgenommen (Washington Post: 2025e) – Idiokratie.

das Trumpregime in Los Angeles ausübt, ein Markenkern des Schmittschen Autoritarismus. Überhaupt manifestiert sich in der Umsetzung der Migrationspolitik des Regimes ein weiteres autoritäres Prinzip, nämlich das der absichtlichen und wohldosierten Grausamkeit (WBZ News: 2025). Und selbst Elon Musk wird nach seiner Kritik an Donald Trump durch diesen persönlich scharf davor gewarnt, sich den Demokraten zuzuwenden („*very serious consequences*“). Umgekehrt zeigt die Drohung der Justizministerin Pam Bondi gegenüber Vandalen von Teslageschäften, sie wegen „*domestic terrorism*“ 20 Jahre hinter Gitter zu bringen, wie Trump die traditionell verankerte Trennung zwischen dem Justizministerium und dem Rest der Exekutive komplett aufhebt und das Justizsystem als politische Waffe einsetzt.

Für die Identität, aber auch für die Leistungsfähigkeit einer demokratisch-republikanischen Grundordnung sind die Freiheit der Wissenschaft, der Presse und der Kunst sowie eine effektive und hochgebildete Verwaltung unerlässlich. Die ersteren liefern ständige Kritik und Verbesserungsvorschläge, die von der letzteren umgesetzt werden. Der Trumpismus muss diese Säulen umstürzen, um seinen Autoritarismus zu festigen. Das Vorbild Ungarn wird hier ganz besonders deutlich. Über die Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit durch massive Mittelkürzungen für Forschung, willkürliche Regulierung – etwa das Verbot bestimmter als links-woke gebrandmarkter Schlüsselbegriffe bei Drittmittelanträgen –, das Steuerrecht und eine kapriziöse Migrations- und Visumpolitik habe ich schon andernorts geschrieben (Bachmann: 2025c). Die Pressefreiheit ist durch die kapriziöse Vergabe von Akkreditierungen zu Regierungsstellen, frivole Androhungen von Rechtsstreitigkeiten gegenüber Medienkonzernen sowie Kürzungen von Mitteln für den zwar ohnehin kleinen, aber qualitativ hochwertigen öffentlichen Mediensektor in den USA, der primär aus NPR und PBS besteht, gefährdet; die Freiheit der Kunst durch Verweigerung der Auszahlung bereits bewilligter Mittel aus dem *National Endowment for the Arts*, der Institution für die Förderung der Künste in den USA, sowie schließlich dessen geplante Abschaffung und die willkürliche Abberufung von Kulturmanagern. Trump übernahm persönlich die Leitung des *Kennedy Centers* in Washington, D.C., und erzwang den Rücktritt der Leiterin der *National Portrait Gallery*. Dass sich der Präsident des mächtigsten Landes der Welt für diese vergleichsweise kleinen kulturpolitischen Details „interessiert“ ist kein Zufall, sondern wichtiger Teil des Angriffs auf die demokratisch-republikanische Grundordnung. Zu diesem Angriff gehört auch Trumps ständige Infragestellung der Unabhängigkeit der Notenbank der USA, der *Federal Reserve Bank*, mit persönlichen Angriffen auf deren Vorsitzenden Jerome Powell wie „*Mr. Too Late*“ oder „*Major Loser*“ und der Androhung, ihn vor Ende von dessen Amtszeit zu entlassen. Das ging sogar dem konservativen Obersten Gerichtshof zu weit, denn der stellte in einer eigentlich nicht die Notenbank involvierenden Entscheidung klar, dass die Unabhängigkeit der Notenbank nicht zur Disposition stehe (Supreme

Court of the United States: 2025b). Über den Kampf des Trumpismus gegen die eigene Verwaltung ist weiter unten etwas mehr zu sagen.

Am vielleicht sinnfälligsten wird der Autoritarismus des Trumpismus in der Militärparade, die Trump anordnete. Diese Art von Paraden, noch dazu am Geburtstag des „*Dear Leader*“, passt nicht zur politischen Kultur der USA und wurde dementsprechend auch mit landesweiten „*No King*“-Protesten, an denen sich schätzungsweise über fünf Millionen Menschen beteiligten (USA Today: 2025), begleitet. Selbst der republikanische Junior Senator von Kentucky, Rand Paul, der allerdings dem libertären Flügel der Partei angehört, sagte in einem Statement: „I wouldn't have done it. . . We were always different than, you know, the images you saw in the Soviet Union and North Korea. We were proud not to be that“ (Republicans against Trump: 2025a).

Aus deutscher Sicht ist die außenpolitische Dimension des trumpistischen Autoritarismus wahrscheinlich der wichtigste Aspekt, auf den Robert Kagan in seiner 2025 Dahrendorf-Vorlesung in Oxford hinweist (Kagan: 2025). Auch wenn es in Trumps Wählerschaft eine stark isolationistische Strömung geben mag und auch wenn einzelne Mitglieder der Bewegung hier und da isolationistische Töne anschlagen, sei die Gesamtheit der Bewegung nicht mit dem Isolationismus der USA nach dem Ersten Weltkrieg vergleichbar. Schon die Parteinahme mindestens einzelner hochrangiger Mitglieder der Administration für die AfD, etwa durch den Vizepräsidenten JD Vance, spricht gegen die Isolationismusthese. Überhaupt dürften gelegentliche isolationistische Andeutungen hauptsächlich dazu dienen, den großmachtpolitischen Anspruch des Trumpismus für bestimmte Wählersegmente zu verschleiern.

Postliberalismus

Wiederum niemand anderes als Viktor Orbán prägte den Begriff der illiberalen Demokratie (Orbán: 2014). In den USA wird seit geraumer Zeit an den politikwissenschaftlichen, philosophischen und juristischen Fakultäten des Landes über den Postliberalismus nachgedacht. Darunter werden verschiedene Kritiken des Liberalismus in all seinen Spielarten – klassischer Liberalismus, Neoliberalismus, Linksliberalismus und Libertarismus – zusammengefasst. Vielleicht der zentrale Kritikpunkt ist die Fokussierung des Liberalismus auf das Individuum und dessen Freiheit, spezifischer dessen Wahlfreiheit, denn Freiheit bedeute eben immer auch Freiheit zum Scheitern, zur eigenen Vernichtung. Diese Debatte wird vielleicht an keiner Stelle so intensiv und gut geführt wie zwischen Patrick Deneen, Cornell West (die beide für den Postliberalismus eintreten, wobei Deneen aus der Perspektive eines katholischen Rechtskommunitarismus, West aus dezidiert linker Perspektive argumentiert) und Francis Fukuyama, Deidre McCloskey (die beide den Liberalismus verteidigen); siehe Harper's Magazine (2023). Vor allem Patrick Deneen gelingt es in diesem Streitgespräch immer wieder, die Aporien des

Liberalismus herauszuarbeiten. Freilich ist für ihn der Liberalismus nicht reformierbar. Er muss ersetzt werden. Das wiederum fasziniert seinen Bewunderer und Vertrauten, den Vizepräsidenten Vance.

Was macht diesen Post- oder Illiberalismus so attraktiv? Einerseits sind es sicherlich die genannten Aporien einer unbarmherzigen Freiheit, die sich am Ende selbst aufhebt, sowie die im Namen der Freiheit getätigte Selbstentmächtigung des politischen Systems, dessen Leistungsfähigkeit in den Augen vieler Bürger zu wünschen übriglassen dürfte, andererseits – und darauf hat wiederum Robert Kagan in seiner Dahrendorf-Vorlesung hingewiesen (Kagan: 2025): Ein intellektuell konsistenter Liberaler muss ressentimentfrei sein. Freiheit muss immer für alle gelten (Universalismus), auch für Personen-gruppen, die man vielleicht persönlich ablehnt: Transpersonen, Einwanderer, religiöse Minderheiten, etc. Laut Kagan könnte diese Ressentimentfreiheit gegen die menschliche Natur sein.

19. Jahrhundert

Donald Trump hegt eine sehr idiosynkratische, reaktionäre Faszination für das 19. Jahrhundert, vor allem für die USA dieser Zeit, die er als eine Art Goldenes Zeitalter betrachtet. Wenn oben die Erratik als Charakteristikum Trumps und trumpistischer Politik betont wurde, dann gibt es eine Ausnahme, jedenfalls im Grundsatz (wenn auch nicht in der Umsetzung): Zölle, auf die Trump schon lange und unbeirrbar beharrt (Washington Post: 2025f). In der Tat waren Zölle die Haupteinnahmequelle der US-Bundesregierung im 19. Jahrhundert: nahezu 100% vor dem Bürgerkrieg und immer noch knapp 50% danach. Erst im 20. Jahrhundert ersetzte die moderne Einkommensteuer Zölle als staatliche Haupteinnahmequelle (siehe Abbildung 1a, Council of Economic Advisers: 2024). Trumps historische Präsidentenvorbilder stammen alle aus dem 19. Jahrhundert. Es handelt sich um Figuren, die, etwa anders als der ja noch immer omnipräsente Abraham Lincoln, heute gemeinhin nicht mehr als politische Vorbilder gelten: Andrew Jackson, der Populist vor dem Bürgerkrieg, und William McKinley, der Zollpräsident nach dem Bürgerkrieg. Darüber hinaus gibt es bei Trump und im Trumpismus ein merkwürdiges Insistieren auf Südstaatensymbolik, etwa bei der Umbenennung von heutigen Militärbasen nach Militärführern der Konföderation. Schließlich darf man vermuten, dass Trump auch von den europäischen Großmächten des 19. Jahrhunderts und deren Politik der Deals fasziniert ist.

(Chauvinistische) Großmachtpolitik

Dass die USA Grönland, Panama und Kanada militärisch überfallen werden, das sollte man – bei aller berechtigten Kritik auch an dieser Würdelosigkeit – eher als Trolling betrachten und somit dem Internetedgelordismus des Trumpismus zurechnen. Dennoch spricht einiges dafür, dass Trump eine autoritäre USA zusammen, aber auch im geostrategischen und geoökonomischen Wettbewerb mit dem autoritären Russland und dem autoritären China, als die maßgebende Großmacht ansieht, die

die Geschicke der Welt zu bestimmen habe. Dabei wird durchaus und korrekterweise anerkannt, dass die USA schon lange nicht mehr die ökonomische, militärische und kulturelle Hegemonialkraft für eine unipolare Welt haben. Das Abwenden Trumps von Institutionen wie der EU, der G7, der UN, der WHO, etc. ist nur ein Indiz für den immer noch vorhandenen Wunsch der USA, sich in einer multipolaren als Großmacht zu entfalten. Der Zwang gegenüber kleineren Ländern, das Starlink von Elon Musk einzuführen (Washington Post: 2025g), ist ein anderes. Ein drittes Indiz ist die offene Verknüpfung bisher jedenfalls nicht offen verknüpfter Politikfelder durch die Trumpadministration, etwa der Handelspolitik mit der Außenfinanzpolitik und sogar der Sicherheitspolitik im sogenannten *Mar-a-Lago Accord* (Miran: 2024). Hier wird handels- und außenfinanzpolitisches Wohlergehen der Staaten ausdrücklich mit der Gewährung von amerikanischer Sicherheit verbunden.

Bereits im Februar 2025 hat der amerikanische Blogger und Kommentator Noah Smith Belege für die chauvinistischen Großmachtfantasien im Trumpismus gesammelt. Offen sei lediglich die Frage, ob dabei die pro-China- oder die anti-China-Fraktion des Trumpismus gewinne. Wenn es nach der ersteren Fraktion ginge, würde China zusammen mit dem kleineren Russland als autoritärer Alliierte gewonnen werden. Noah Smith nennt dies die Metternich-Lindbergh-Theorie.⁷ Nach Wunsch der letzteren Fraktion würde man Russland hingegen dazu bringen, sich aus dem Bündnis mit China zu lösen, um dieses geopolitisch entscheidend zu schwächen. Dies bezeichnet Smith als die „Umgekehrte Nixon“-Theorie (Smith: 2025b). Wie russlandfreundlich die gesamte Trumpadministration ist, zeigte sich schon im Wahlkampf, als man zum Beispiel die russische Wahlkampfhilfe über die Medienplattform Tenet Media gerne und offen akzeptierte. Dies setzt sich in der gesamten prorussischen Ukrainepolitik des Trumpregimes fort und erreichte mit der geschichtsträchtigen und für die Medien inszenierten Demütigung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im *Oval Office* sowie dem von Trump avisierten Diktatfrieden einen vorläufigen Tiefpunkt. Darüber hinaus ist die ständige Infragestellung von Artikel 5 des NATO-Vertrags durch Trump – jüngst erst wieder bei der Anreise zum NATO-Gipfel in Den Haag („*numerous definitions*“) –, faktisch eine prorussische Politik. Denn dieser Artikel kann ja nur dadurch die gewünschte abschreckende Wirkung gegenüber Russland erzielen, dass er aufgrund der eindeutigen Reputation der Vertragspartner, und vor allem des militärisch wichtigsten Vertragspartners, von allen Beteiligten geglaubt wird. Im Trumporbit gibt es laute prorussische Influencer, der bekannteste dürfte Tucker Carlson sein. Der Anspruch, eine ernstzunehmende und gegenüber Russland und vor allem China kompetitive Großmacht zu sein, steht natürlich in diametralem Kontrast zur Idiokratie im Trumpismus. Letztlich lässt sich nicht wirklich zwischen der Metternich-Lindbergh- und der „Umgekehrten Nixon“-Theorie entscheiden, denn der Trumporbit

⁷Die jüngste, sehr ruhige Einigung mit China über den Handel mit Seltenen Erden kann als ein Indiz für diese Interpretation gelesen werden (CNN: 2025d).

ist sich auch in dieser Frage nicht einig, und Trump selbst ist nicht willens oder in der Lage eine Entscheidung zu treffen.

Schließlich muss betont werden, dass es zwar partiell durchaus Konflikte zwischen den Großmachtpolitikern des Trumpismus und den noch zu besprechenden Isolationisten gibt. Ein Beispiel hierfür sind, wie noch zu zeigen sein wird, die Bombardierungen iranischer Atomanlagen durch die USA. Es gibt jedoch auch einen Internationalismus im Isolationismus, eine internationale Vernetzung, die beispielsweise den Isolationismus gegenüber dem liberalen Europa als eine gemeinsame autoritär-reaktionäre Großmachtpolitik mit Russland denkt. Dies ist das Bestreben Tucker Carlsons. Großmachtpolitik und Isolationismus stehen also nicht per se im Widerspruch.

Schlechte Ökonomik

Zölle als zentrales Instrument der Wirtschaftspolitik beruhen gleich in mehrfacher Hinsicht auf Unkenntnis der modernen Ökonomik. Zölle sind eine sehr ineffiziente Form der Staatseinnahmen. Dass sie im 19. Jahrhundert als Hauptstaatseinnahmequelle verwendet wurden, war gewissermaßen eine Notlösung, nicht aber das Ergebnis einer überlegenen Wirtschaftstheorie: Die administrative Kapazität des Staates, um eine moderne Einkommensteuer (oder gar eine Mehrwertsteuer, die es in den USA auf Bundesebene bis heute nicht gibt) zu erheben, war schlicht nicht vorhanden. Einkommensteuern verzerren zwar auch, aber Steuern, die, wie sehr oft Zölle, die Produktionseffizienz durch einen verzerrten Inputmix von Vorprodukten zerstören, sind besonders schädlich (Diamond und Mirrlees: 1971). Oder anders formuliert: Wenn man beispielsweise Stahl als wichtigen Input für das Verarbeitende Gewerbe der USA mit Zöllen belegt, mag man zwar ein paar Arbeitsplätze in der US-Stahlindustrie zusätzlich schaffen (1.000 bei den Zöllen von 2018), vernichtet aber deutlich mehr in anderen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes (75.000), weil deren Produkte nicht mehr konkurrenzfähig sind (Russ und Cox: 2020).

Der Trumpismus erkennt auch das Wesen des (internationalen) Handels, wie es seit Adam Smith und David Ricardo verstanden wird. Handel basiert letztlich auf freiwilliger Kooperation, die für beide Parteien einen Mehrwert schafft. Diese Vorstellung muss dem mafiösen Kleptokraten Trump fremd sein. Natürlich reicht die Ökonomik des Trumpismus aus dem 19. Jahrhundert bis in die Frühneuzeit zurück, als man merkantilistisch Exportüberschüsse zur Anhäufung von Goldreserven und somit zur Militärfinanzierung als wünschenswert ansah. Zölle sind dabei – zumindest wenn die Gegenseite nicht mit Gegenzöllen reagiert, was ein großes Wenn ist – ein Mittel, um Exportüberschüsse und ggf. direkte Staatseinnahmen zu erzielen.⁸

⁸Neben dem merkantilistischen Moment gibt es in der Ökonomik des Trumpismus noch ein weiteres Moment aus der Epoche der Frühneuzeit: die Physiokratie, nach der der Reichtum einer Nation hauptsächlich von deren natürlichen Ressourcen bestimmt wird.

Aus verschiedenen Äußerungen der Administration wird außerdem immer wieder deutlich, dass einfachste Strukturen des internationalen Handels missverstanden werden: die Obsession mit *bilateralen Handelsbilanzen*, also den Austauschbilanzen physischer Güter der USA mit einzelnen Ländern – dass diese mal positiv und mal negativ sind, ist in einem komplexen System internationaler Produktions- und Angebotsketten normal und in der Tat erwünscht. Meine Handelsbilanz mit meinem Supermarkt ist beispielsweise permanent negativ, was völlig unproblematisch ist. Aber selbst eine insgesamt negative Handelsbilanz stellt per se kein wirtschaftspolitisches Problem dar, denn es gibt ja noch die Dienstleistungsbilanz und die Bilanz der Übertragungen. Diese können insgesamt dazu führen, dass ein Land trotz negativer Handelsbilanz eine ausgeglichene oder positive Leistungsbilanz gegenüber dem Rest der Welt aufweist.

Besteht aber nun nicht wenigstens darin ein Problem, dass die USA schon seit Jahren eine negative Leistungsbilanz gegenüber dem Rest der Welt aufweisen? In diesem Fall nicht, denn nach einhelliger Meinung der modernen Ökonomik ist diese negative Leistungsbilanz lediglich das Spiegelbild einer positiven Kapitalbilanz. Anders als von einigen Trumpisten behauptet, stellt sie keine Zinsknechtschaft gegenüber dem Ausland dar, sondern eine Gebühr, entrichtet in Form von physischen Gütern, die das Ausland den USA für die Mitnutzung eines bisher einzigartigen, rechts- und zinssicheren sowie hochliquiden Kapitalmarkts überlässt. Die Welt will irgendwo sparen. In den USA konnte man das bis vor kurzem am besten. Der Fachbegriff dafür lautet *exorbitant privilege*.⁹ Warum ist diese permanente Verschuldung der USA gegenüber dem Ausland für erstere nun kein Problem, kein Zinsjoch? Die USA verschulden sich in einer Währung und mit Finanztiteln, die sie, erstens, selbst herstellen können und die, zweitens, vom Rest der Welt begehrt sind und andernorts bisher nicht zu bekommen waren.¹⁰ Ironischerweise sind es ausgerechnet die Politiken des Trumpregimes, die dieses Privileg nun zerstören könnten.

Es gibt mindestens zwei weitere gravierende ökonomische Missverständnisse im Trumpismus: 1) Migration sei ein ökonomisches Verlustgeschäft für die aufnehmende Gesellschaft. Nicht nur sind ein gutes Drittel der Nobelpreisträger der USA Migranten (Sureka und Witte: 2024), sondern die ökonomische Migrationsforschung zeigt, dass Migranten eher selbständige Unternehmer werden als Einheimische und als solche innovativer sind (Lee u. a.: 2025). 2) Die Aufnahme Chinas in die Welt-handelsorganisation in 2001, der sogenannte Chinaschock, habe Arbeitsplätze vernichtet und der US-Wirtschaft massiv geschadet. In der Tat zeigt eine sehr einflussreiche Studie aus dem Jahr 2013,

⁹Diese Bezeichnung geht zwar auf den französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing zurück und stammt somit aus dem politischen Bereich, wurde aber inzwischen in die ökonomische Fachterminologie übernommen.

¹⁰Der Ökonom und frühere US-Finanzminister Lawrence Summers drückte diesen Punkt in einer Diskussion „Tariffs, Decline, and the Promise of AI“ so aus: „If China wants to sell us things at really low prices and the transaction is we get solar collectors or we get batteries that we can put in electric cars and we send them pieces of paper that we print. Do you think that's a good deal for us or a bad deal for us? “; siehe Summers (2025).

dass bestimmte Sektoren und Regionen, die besonders der chinesischen Konkurrenz ausgesetzt waren, eine höhere Arbeitslosigkeit und ein geringeres Lohnwachstum aufwiesen als andere (Autor, Dorn und Hanson: 2013). Was die Arbeit jedoch nicht zeigt – und mit der gewählten empirischen Technik auch gar nicht zeigen kann –, ist, dass die USA insgesamt durch chinesische Importkonkurrenz Arbeitsplätze verloren haben. Tatsächlich gibt es heute erhebliche Zweifel daran. Es gibt sogar Hinweise darauf, dass die USA als Ganze eher Arbeitsplätze hinzugewann (siehe Heckman und Fang: 2025). Wang u. a. (2018) argumentieren, dass sogar die lokalen Arbeitsmarkteffekte positiv sind, wenn man Angebotsketten mitberücksichtigt. Handley (2025) weist in seiner Abbildung 1 außerdem darauf hin, dass der Anteil der Beschäftigung des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtbeschäftigung in den USA seit 1950 kontinuierlich sinkt – ein Trend, der weder durch den „Chinaschock“ noch durch die Etablierung des *North American Free Trade Agreements (NAFTA)* beeinflusst wird. Caliendo und Parro (2023) argumentieren in einem Übersichtsartikel zum Thema ähnlich.

Es lässt sich außerdem ein gewisser Industrialismus im Trumpismus erkennen, also die Auffassung, dass Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe gesellschaftlich irgendwie wertvoller sei als Wertschöpfung in anderen Sektoren, insbesondere im Dienstleistungssektor. Dies mag primär einer Kombination aus toxischer Männlichkeit (Incelismus)¹¹ und schlichtem elektoralen Kalkül geschuldet sein. Hier ließe sich immerhin das folgende Argument machen, das den Industrialismus und damit eine das Verarbeitende Gewerbe in den USA stärker schützende Zollpolitik in einem etwas anderen Licht erscheinen lassen würde: Während es unter den alten Bedingungen einer rechts- und regelbasierten internationalen Ordnung trotz all ihrer Unvollkommenheiten Sinn machte, die Außenwirtschaftspolitik eines Landes hauptsächlich an den Gesichtspunkten der komparativen Vorteile – die klassischen Handelstheorien Ricardos und Heckscher-Ohlins – sowie der präferentiellen und technologischen Überlegenheit von Diversität und Skaleneffekten, die zu komplexen internationalen Angebotsketten führten – die modernen Handelstheorien von Krugman und Melitz – auszurichten, werden diese Gesichtspunkte nun unter den neuen Bedingungen geostrategischer und geopolitischer Konkurrenz von anderen Überlegungen möglicherweise überlagert, mindestens aber doch relativiert. Wenn also die Angebotskette zur Herstellung von Waffen und Drohnen auch nur in einem Glied eine starke Abhängigkeit vom geostrategischen Rivalen China aufweist – direkt oder indirekt etwa über Vietnam oder Taiwan –, ist dann die militärische Fähigkeit der USA im Krisenfall nicht eminent gefährdet?¹² Das würde zumindest für eine klar definierte und kommunizierte Zollpolitik für eine begrenzte Anzahl von Industrien sprechen, keinesfalls jedoch für die kapriziöse, allgemeine, traditionelle Feinde und Freunde gleich behandelnde Zollpolitik des Regimes. Dieses Argument ließe sich noch

¹¹Siehe dazu Vox (2025): „The strange link between Trump’s tariffs and incel ideology“.

¹²Ähnliche Überlegungen gelten für die Krisenresilienz etwa bei einer globalen Pandemie und für zu deren Bekämpfung notwendige medizinische und pharmazeutische Produkte, ebenso wie die dafür benötigten Grundchemikalien.

etwas erweitern und die Frage stellen, inwieweit für die Erhaltung direkt geostrategisch wichtiger Angebotsketten auch weitere Vorfeldindustrien im Land notwendig sind, etwa aufgrund von Lerneffekten und zur Erhaltung eines hinreichend großen und robusten Humankapitalpotentials. Allerdings muss auch klar gesagt werden, dass der Stand der Forschung in diesem Bereich Lücken aufweist. Delong und Summers (1991) dokumentieren immerhin einen zumindest vermuteten kausalen Zusammenhang zwischen physischen Investitionen und allgemeinem Wachstum, ein zwar etwas anders gelagerter, aber doch vielleicht relevanter Hinweis auf die Validität dieses erweiterten Arguments.

Libertarismus

Zumindest zu Beginn des Trumpregimes schien es, als wären auch klassische, *small-government* libertäre Ideen – geringe Steuern und Staatsausgaben, wenig Regulierung, schwache Beamtenschaft – für den Trumpismus relevant. Mit dem groß angekündigten *Department of Government Efficiency (DOGE)* wollte man „*waste, fraud, and abuse*“ im Staatsapparat bekämpfen. DOGE sollte den Mileismus in die USA bringen. Erst sollten zwei, dann eine Billion Dollar eingespart werden (BBC: 2025a). Bis Juni 2025 waren nach DOGE-Angaben wohl nur Summen in niedriger dreistelliger Milliardenhöhe eingespart, wovon nur Summen in zweistelliger Milliardenhöhe verifiziert sind. DOGE darf getrost – und zwar nicht nur wegen der relativ überschaubaren verifizierbaren Einsparungen und des unrühmlichen Abtretens seines Erfinders Elon Musk – als gescheitert gelten. Wie der DOGE-Mitarbeiter Sahil Lavingia inzwischen bestätigte, waren „*waste and fraud relatively non-existent*“ (NPR: 2025b).

Stattdessen produzierte DOGE massive Sicherheitslücken bei sensiblen, personenbezogenen Daten und führte zu personellen Engpässen bei der Flugsicherheit. Eine sehr fähige US-Bundesbeamtenschaft wurde verunsichert und zum Teil entlassen. Und warum? Aus heutiger Sicht kann man vermuten, dass der Libertarismus eine Täuschung war, um die Fähigkeiten der Verwaltung auszuhöhlen und Schweigen sowie unkritische Gehorsamkeit zu erzwingen. Aber nicht mit dem libertären Ziel des Staatsrück- und -abbaus, sondern um im Gegenteil die autoritäre Agenda des Trumpregimes mit weniger Hindernissen durchziehen zu können. Bei einigen Strömungen des Trumpismus geht es aber sicherlich um ein viel weiterreichendes Ziel. Dies wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass das Beamtentum eine Erfindung des modernen, leistungsfähigen absolutistischen Staats ist, der diese Idee dann an den demokratisch-republikanisch verfassten Staat weitergereicht hat. Eine Schwächung oder gar Abschaffung des Beamtenapparats wäre somit ein Rückfall in die (feudalistische) Vormoderne. Das wiederum interessiert den Vizepräsidenten Vance sowie dessen graue Eminenz Peter Thiel (Eспенlaub: 2025, Folge 5).

Oligarchischer Techno-Neofeudalismus

Es ist vor allem Peter Thiel mit seinem Essay „*Competition is for Losers*“ (Thiel: 2014) für das Wall Street Journal, in dem er – durchaus mit Argumenten der modernen dynamischen Wettbewerbstheorie unterfüttert – ein einseitiges Lob von Monopolen ausspricht, da nur sie Anreize in Form von Monopolrenten setzten, Neues und dauerhaft Wertvolles zu schaffen; sowie mit seinem „*I no longer believe that freedom and democracy are compatible*“ aus Thiel (2009), mit dem er einen sehr alten libertären Topos auf den Punkt bringt, der für diese Strömung des Trumpismus steht. Und dennoch ist Thiel ein ganz eigener Synkretist, der sich aus dem Libertarismus ebenso wie aus einem antiliberalen Ideenfundus bedient. Dieser Synkretismus zwischen Libertarismus und verschiedenen antiliberalen Ideen sowie zwischen Reaktion und Moderne wird von Zorn (2025) meisterhaft herausgearbeitet. Wirtschaftsführer, die verschiedenen Monopolisten wie er selbst, sind dabei als Oligarchen die Träger der eigentlichen Macht: Neofeudalismus. In dieser Konzeption ist die Rolle des Präsidenten, Trump, eine eher schwache, mit populistischen Führerideen im Trumpismus recht eigentlich inkompatible, die aber für den Ausgleich zwischen den möglicherweise konfligierenden Interessen der Oligarchen zu sorgen hat. Mit anderen Worten: Der Präsident hat eine Rolle wie ein mittelalterlicher Kaiser und das Weiße Haus ist ein Kaiserhof.

Zu dieser Konzeption der Rolle des Präsidenten passt wiederum Thiels vor allem in den letzten Jahren erstarkter apokalyptischer Rechtskatholizismus (Espenlaub: 2025, Folge 6). Dieser macht ihn breiter anschlussfähig an verschiedene, den Trumpismus auch tragende Strömungen des amerikanischen Rechtskatholizismus und Rechtskommunitarismus (etwa Patrick Deneen, der sich eine Renaissance lokaler, von traditionellen Familien geprägter Gemeinschaften erhofft), womit diese mit dem ihnen an sich fremden oligarchischen Techno-Feudalismus nicht nur ex negativo durch den gemeinsamen Antiliberalismus, sondern auch positiv verbunden werden. Zu diesen beiden reaktionären Elementen kommt nun noch ein modernes hinzu: Techno-Optimismus. Die gesamte Konstruktion – feudale Oligarchenmacht, katholischer Kommunitarismus für die Massen, und die imperiale Präsidentschaft – wird durch die neuen Technologien in den Händen der Oligarchen zusammengehalten: Kryptogeld, die Sozialen Medien und KI als neue Herrschaftsinstrumente. Kryptogeld dient als allgemeines, aber eben oligarchisch bereitgestelltes Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel.¹³ Die Sozialen Medien in den Händen der Oligarchen bestimmen die Diskursräume und prägen (manipulieren?) die Weltwahrnehmung der Untertanen. Dies gilt auch für die KI, die zusätzlich als Mittel der Überwachung und Unterdrückung eingesetzt wird. Man denke an Peter Thiels Palantir-Software, die

¹³Schon bereiten einzelne republikanische Abgeordnete wie Thomas Massie und der Senior Senator von Utah, Michael Lee, einen *Federal Reserve Board Abolition Act* vor, der die oben erwähnten autoritären Attacken Trumps auf die Unabhängigkeit der US-Zentralbank noch verschärft.

ein echter, staats-skeptischer Libertärer ja eigentlich nie vertreiben dürfte.¹⁴ Dass die Hinwendung zur Kryptocommunity für den Trumpismus keine reine elektorale Strategie war, zeigt die *executive order* „*Establishment of the Strategic Bitcoin Reserve and United States Digital Asset Stockpile*“ des Präsidenten. Diese ordnet die Anlage einer strategischen Kryptoreserve in den USA an. Ökonomisch bedeutet diese Maßnahme, dass einem privat herausgegebenen, an sich wertlosen Objekt plötzlich ein staatlich garantierter Wert verliehen wird – wiederum etwas, das ein echter Libertärer kritisieren müsste, nicht aber ein Oligarch und Techno-Neofeudalist, der so Profit machen kann.¹⁵

(Christlicher) Nationalismus, Rechtskommunitarismus und Isolationismus

Die rechtskatholischen und rechtskommunitaristischen Säulen des Trumpismus wurden bereits beschrieben. Der Evangelikalismus, der vor allem für die erste Trumpadministration ein politisch wichtiger Pfeiler war, spielt zwar immer noch eine Rolle, aber nach dem „Sieg“ in der Abtreibungsfrage mit dem Urteil des Obersten Gerichtshofs (*Dobbs vs. Jackson Women's Health Organization*) aus dem Jahr 2022, erscheint dieser Pfeiler in der zweiten Trumpadministration zumindest relativ weniger bedeutend für den Trumpismus.

Neben diesen eher akademisch-intellektuellen Säulen, spielt nach wie vor die plebejischere Variante des christlichen Nationalismus, die oft auch zu einem judäo-christlichen Nationalismus erweitert wird, aus der ersten Trumpadministration eine wichtige Rolle. Verkörpert wird diese Säule am besten durch Stephen Bannon, Chefstrategie im Weißen Haus in der ersten Trumpadministration, der heute immer noch ein wichtiger Influencer des Trumpismus ist. Eine andere Bezeichnung für diese Strömung ist „*America First*“-Ideologie oder *MAGA*. Die kürzlich neu aufgelegten Einreiserestriktionen gegen bestimmte (nichtchristliche) Länder – bisher sind es zwölf, eine Ausweitung auf 36 wird in Erwägung gezogen – kommen direkt aus dieser nationalistischen „*America First*“-Ideologie (Reuters: 2025b).

Zu diesem Tragpfeiler des Trumpismus gehört außenpolitisch auch der Isolationismus, der neben Stephen Bannon am prominentesten von Tucker Carlson, aber auch von Vizepräsident Vance vertreten wird. Hier geht es um die Lehren aus den aus der Sicht dieser Isolationisten fehlgeschlagenen Kriege in Irak (und auch Afghanistan), *forever wars* genannt, die innenpolitisch nur Ressourcen von *America First* abzögen. Neben der Kritik am internationalen Freihandel dürfte der Isolationismus die am weitesten gehende Abkehr von traditionellen republikanischen, von den Neokonservativen beeinflussten Programmen darstellen. In diesem Zusammenhang ist ein Gespräch zwischen Tucker

¹⁴Interessanterweise ist auch ein Vertreter des nationalistischen Flügels des Trumpismus, der schon erwähnte stellvertretende Stabschef, Stephen Miller, finanziell an Palantir beteiligt, was wiederum zeigt, dass das korrupt-kleptokratische Element die vielen disparaten Flügel des Trumpismus verbinden kann; siehe The New Republic (2025).

¹⁵Der parallel im Kongress verabschiedete sogenannte Genius Act sorgt zwar einerseits für eine bessere Regulierung von *stable coins*, allerdings stabilisiert und legitimiert eine solche Regulierung die gesamte Technologie weiter.

Carlson und dem Junior Senator von Texas Ted Cruz höchstinstruktiv für die innerrepublikanische Debatte (siehe Carlson und Cruz (2025)). Anlass dieser Debatte war die Bombardierung iranischer Atomanlagen durch die USA.

Populismus und Plebejismus

Die Nachwahlbefragungen zu den Präsidentschaftswahlen im November 2024 ergeben ein eindeutiges Bild: Trump wurde in großer Mehrheit von Wählern ohne vollen Universitätsabschluss (mindestens Bachelor) gewählt; von Wählern, die niemals auf einem College waren, mit über 60 Prozent. Besonders extrem ist diese Asymmetrie bei weißen Wählern: Weiße ohne Collegeabschluss wählten Trump sogar mit 66 Prozent, also zu zwei Dritteln! Betrachtet man sich die Wahlentscheidung nach Familieneinkommen, so wählte die untere Mittelschicht (Familieneinkommen zwischen 30.000 und 100.000 Dollar) Trump, darüber Kamala Harris und lediglich die ganz armen Amerikaner entschieden sich mehrheitlich ebenfalls für die Demokratin. Allerdings ist die Asymmetrie beim Familieneinkommen nicht ganz so stark wie bei der Ausbildung (siehe dazu ABC News: 2024a).

Insgesamt ergibt sich somit das Bild eines eher plebejischen Trumpelektorats.¹⁶ Dieser Wahlerfolg ist kein Zufall, denn der Trumpismus spricht gezielt plebeijische Wählerschichten an.¹⁷ Der Wahlkampfauftakt Trumps bei einem *Drive-Through McDonalds*, der noch dazu diente, einen Studentenjob von Kamala Harris bei derselben Fastfoodkette in Zweifel zu ziehen, gilt als einer der ikonischen Momente des Wahlkampfs 2024. Die Nominierung Linda McMahons als Erziehungsministerin, mit dem Zweck das Erziehungsministerium des Bundes schließlich abzuschaffen, ist ein weiterer Schlag ins Kontor der Erziehungs- und Bildungselite in den USA: Sie kommt aus der World Wrestling-Szene, ein entschieden plebejisches Entertainment. Trumps „*What the fuck*“-Kommentar zum Krieg zwischen Iran und Israel mag als ein drittes und letztes von unzähligen Beispielen fungieren. So redet normalerweise kein Politiker, schon gar kein Präsident, aber eben *average Joe*, von denen sich wohl viele von Trump gesehen sehen.

Der Plebejismus im Trumpismus wird regierungsseitig vom Populismus gespiegelt, also der Idee eines Führers, der den Volkswillen unmittelbar und am Parlament, der Judikative sowie den anderen tragenden Säulen der demokratisch-republikanischen Grundordnung vorbei, wahrnimmt, bündelt und

¹⁶In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, dass nicht nur das Elektorat nach dem Bildungsgrad gespalten ist, sondern dass sich die verschiedenen Wählerschichten auch kaum mehr zu begegnen scheinen, vor allem die jungen Männer (siehe dazu Dillon, Kerr und Glaeser: 2025), bei denen Trump besonders reüssierte: 49 Prozent der jungen Männer stimmten für ihn, während 61 Prozent ihrer Altersgenossinnen für Kamala Harris votierten. Damit befindet sich der mit Abstand größte Gendergap in dieser Altersgruppe (ABC News: 2024a).

¹⁷Das war schon 2016 so. Sehr früh hat darauf die Rechtsprofessorin Joan Williams hingewiesen: Für ihren Trump wählenden Vater seien „die da oben“ „*Quacks*“ (Ärzte), „*Shysters*“ (Rechtsanwälte) und (Lehrer und Professoren); siehe Williams: 2016.

dann durchsetzt. Von führenden Mitgliedern der Trumpadministration wird daher immer wieder von dem „großen Wählerauftrag“ gesprochen, den Trump im November 2024 erhalten habe.¹⁸

Hinzu kommt (siehe christlicher Nationalismus) dann noch die religiöse Überhöhung dieses Wählerauftrags, der nach Auffassung vieler Trumpisten durch Trumps Überleben des Attentats in Butler, Pennsylvania, im Juli 2024 – ein weiteres ikonisches Bild des 2024 Wahlkampfes – eine geradezu messianische Dimension hat (siehe dazu eine im Kontext der jüngsten militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Iran gesendete Nachricht des US-Botschafters in Israel, Mike Huckabee, an Trump: „Mr President, God spared you in Butler, PA to be the most consequential President in a century—maybe ever. [. . .]. You have many voices speaking to you Sir, but there is only ONE voice that matters. HIS voice. [. . .]“; Republicans against Trump: 2025b).

Dieser Populismus wird intellektuell und verfassungstheoretisch mit der Theorie der *unitary executive* gerechtfertigt. Dabei handelt es sich um eine vor allem bei konservativen Juristen verbreitete Auslegung der US-Verfassung. Demnach besitzt der Präsident die alleinige Autorität über die gesamte Exekutive (etwa auch das Justizwesen außerhalb der Gerichte) und ist in Belangen der Exekutive nicht durch die Legislative oder die Judikative kontrollier- oder einschränkbar.¹⁹

Rechte Identitäts- und Opferpolitik

Der Trumpismus hat auf taktischer Ebene auch einiges von links gelernt, beispielsweise Identitäts- und Opferpolitik. In geschichtsrevisionistischer Manier werden weiße Männer nun gleichzeitig als cool und als Opfer einer angeblich links-woke Öffentlichkeit stilisiert. In einer *executive order* vom 29. Januar („*Ending Radical Indoctrination in K-12 Schooling*“) wird gleich zu Beginn der zweiten Amtszeit ein sogenannter patriotischer, letztlich aber revisionistischer Geschichtsunterricht gefordert, der sich nicht von angeblich antiamerikanischen Ideologien leiten lässt. Natürlich hat auch dieses Moment des Trumpismus oft einen religiösen Impetus, wie die Auseinandersetzungen um Bibeln und Gebete in den Schulen Oklahomas oder um das Zurschaustellen der Zehn Gebote in den Klassenzimmern Louisianas zeigen. Während Links-Woke Büchern oft Triggerwarnungen voranstellte, übertrifft Rechts-Woke dies mit Bücherverbannungen aus den Bibliotheken öffentlicher Schulen. Die Zahl solcher Fälle ist in den letzten Jahren stark gestiegen (Pen America: 2024). Und selbstverständlich gehören auch die ständigen Warnungen vor „linker Genderideologie“ und die Dämonisierung von Transpersonen zu

¹⁸In Wirklichkeit ist der Vorsprung Trumps im *national vote* mit 1.5 Prozentpunkten historisch gesehen eher klein.

¹⁹Es ist hier nicht ganz ohne Ironie, dass der schon erwähnte republikanische Senior Senator von Utah, Michael Lee, noch während der Bidenadministration klarstellte (siehe The New York Times: 2020): „We are not a democracy“, und das sei „a good thing.“ Er meinte damit, durchaus korrekterweise, dass die US Verfassung eine demokratisch-republikanische Grundordnung ist. Doch davon will er nun unter Trump nichts mehr wissen.

dieser Strömung des Trumpismus. Antitrans-Wahlkampfspots dürften als großes Mobilisierungsmittel bis weit in die amerikanische Mitte hinein gewirkt haben.

Internetedgelordismus, Machismus und Incelismus

Es kann eigentlich gar nicht überschätzt werden, wie sehr der Trumpismus auch ein popkulturelles Phänomen ist, das ohne das Internet, spezieller: ohne Soziale Medien und ohne eine Podcast-Ökologie, vor allem in der sogenannten Mannosphäre, die sowohl den Incelismus, also die misogynen Frustrationsgemeinschaft unfreiwillig sexloser Männer, als auch toxischen Hypermaskulinismus umfasst, undenkbar wäre.²⁰ Der Neologismus „Internetedgelordismus“ bezeichnet ein extremes, Publikums-, Fan- und Gegnerreaktionen provozierendes und auf immer weitere Eskalation setzendes Verhalten, also das, was ein *edgelord* im Internet macht, letztlich Trolling mit dem Ziel der Provokation und Eskalation. Auch hier manifestieren sich sowohl das plebejische als auch das idiokratische Moment im Trumpismus. Der Wahlerfolg Trumps gerade bei jungen Männern dürfte im Wesentlichen auf dieses Segment des Internets zurückzuführen sein.

Andrew Tate, einer der international wichtigsten Influencer in der Mannosphäre, gegen den in Rumänien unter anderem wegen Vergewaltigung ermittelt wird, unterhält exzellente Beziehungen zu bestimmten Mitgliedern des Trumporbits (The 19th: 2025). Trump selbst hat im Prozess wegen sexueller Erpressung gegen Sean „Diddy“ Combs öffentlich verlautbaren lassen, dass er über dessen Begnadigung nachdenken würde.²¹ Internetedgelordismus ist jedoch keineswegs ein rein männliches Phänomen. Eine Trump sehr nahestehende Figur wie Laura Loomer zeigt, dass auch Frauen im Internet auf Extreme setzen können.²² Solche Frauenfiguren gibt es nicht nur im politischen Vorfeld des Trumpismus, sondern sogar in seinem Kabinett: Es war Trumps Heimatschutzministerin, Kristi Noem, die nach El Salvador reiste, um dort für ein Foto vor halb nackten, in einem Käfig zusammengepferchten (männlichen) Gefangenen zu posieren. Menschenverachtung an oberster Stelle in der Trumpadministration.

²⁰Man kann vermuten, dass dieses Element des Trumpismus in Deutschland das wirkmächtigste ist. Podcasts wie Hoss & Hopf kommen zwar, anders als in den USA, wo *The Joe Rogan Experience* die Podcastszene allgemein dominiert, in ihrer Reichweite noch nach Mainstreamformaten, prägen aber die deutsche Mannosphere stark und leisten, offenbar erfolgreich, politische Vorfelddarstellung für die deutsche Neue Rechte. Sollte sich der Trumpismus germanisieren, dann wahrscheinlich über diese Szene.

²¹Siehe dazu auch CNN: 2025a: „Comics like Tim Dillon helped Trump reach young men. Democrats want in on the joke“.

²²In einer Tweetmontage vom 22. Juni 2025 zeigen *Republicans against Trump* (2025c), wie Laura Loomer am 29. Januar 2024 die damalige republikanische Vorwahlkandidatin für das Präsidentenamt, Nikki Haley, aufs Heftigste wegen deren angeblicher Kriegslüsterheit im Nahen Osten attackierte, während sie am 21. Juni 2025 Präsident Trump für dessen Bombardierung iranischer Atomanlagen feierte.

Idiokratie

Oft ist der Trumpismus auch schlichtweg dumm und idiotisch. Es ist kein vierdimensionales Schach, keine Meisterstrategie.²³ Der bereits erwähnte Blogger und Kommentator Noah Smith bezeichnet Trumps Amerika in Smith (2025a) als „*laughingstock*“, also als „Gespött“. Das beginnt – für den Anspruch der USA, mit China in einem geostrategischen Wettbewerb zu stehen, fatalerweise – ganz oben auf Kabinettssebene: Verteidigungsminister Peter Hegseth, Gesundheitsminister RFK Junior und Handelsminister Howard Lutnick müssen in diesem Kontext prominent genannt werden.

Hegseth war für die sogenannte *Signalgate*-Affäre verantwortlich, bei der geheime Kriegspläne versehentlich über einen privaten Messengerdienst preisgegeben wurden (Goldberg: 2025). Das renommierte *New York Magazine* veröffentlichte den langen Featureartikel „*Playing Secretary*“, in dem Pentagon-Insider über die schiere Unfähigkeit des Verteidigungsministers berichten: „Pete Hegseth’s Pentagon is beset by infighting over leaks, drugs, and socks“; siehe Howley (2025). In einer Anhörung im *U.S. House Armed Services Committee* am 13. Juni 2025 durch den demokratischen Abgeordneten Eugene Vindman wurde Hegseths Uninformiertheit über wichtige strategische Fragen deutlich. Die Unfähigkeit des Verteidigungsministers geht wohl sogar so weit, dass er bei den Vorbereitungen zu den Bombenangriffen auf iranische Atomanlagen ebenso wie die *Director of National Intelligence*, Tulsi Gabbard, weitgehend außen vor blieb: „‘Nobody is talking to Hegseth,’ one official said. ‘There is no interface operationally between Hegseth and the White House at all.’“; siehe Washington Post (2025b).

RFK Junior ist nicht nur für seine unwissenschaftliche, ja geradezu verschwörungstheoretische Einstellung gegenüber Impfungen bekannt, eine Idiotie, die vor allem in den ärmeren Teilen der Welt zu grausamen Folgen führen dürfte (Politico: 2025c).²⁴ Er scheint es überhaupt nicht so mit wissenschaftlichem Arbeiten zu haben. In seinem Bericht „*Make America Healthy Again*“ (MAHA) wurden laut The Guardian (2025) „Studien“ zitiert, die es gar nicht gibt. Laut Politico (2025d)

²³Der deutsche Politikwissenschaftler Thomas Jäger postete dazu auf X: „T verlässt den G7-Gipfel vorzeitig, ruft die Bürger Teherans zur Evakuierung auf und will Verhandlungen mit Israel und Iran. Was als maximale Flexibilität aussieht ist Planlosigkeit. Ts Außenpolitik ist situativ getrieben, keine strategische Umsetzung bestimmter Zwecke.“; siehe Jäger (2025). Trumps Außenpolitik ist vielleicht nicht nur situativ getrieben, sondern changiert wie eben auch seine Außenwirtschaftspolitik zwischen den verschiedenen Einflüssen hin und her – robuste Großmachtpolitik bei der Bombardierung an einem Tag versus isolationistische Tendenzen beim Waffenstillstand am nächsten –, die auf Trump einwirken und denen gegenüber Trump nicht in der Lage oder willens ist, seine eigene Politik zu formulieren und durchzusetzen. Neben der Irankampagne, deren endgültige Evaluierung an dieser Stelle noch nicht möglich ist, kann man das Fehlen von Strategie bereits sehr gut an der fehlgeschlagenen Kampagne gegen die Houthis erkennen (The New York Times: 2025c).

²⁴Eine andere Grausamkeit, dieses Mal an der (ärmeren) amerikanischen Bevölkerung, wird von der Wirtschafts-kolumnistin Catherine Rampell benannt: „Robert F. Kennedy Jr.’s ‘Make America Healthy Again’ agenda has a simple premise: Americans don’t need more access to medical care. Instead, the best way to improve our country’s health is through better nutrition and exposure to fewer environmental toxins. Alas, as was evident from the health and human services secretary’s congressional testimony Tuesday about the administration’s budget requests, his boss is currently A) taking away nutritional assistance and B) expanding use of environmental toxins.“; siehe Washington Post (2025d).

soll RFK Junior Wissenschaftlern in Regierungsinstitutionen gedroht haben, sollten sie weiterhin in renommierten wissenschaftlichen Journalen, wie etwa dem *New England Journal of Medicine* oder dem *Lancet*, publizieren, die er für „influenced by pharmaceutical companies“ hält. Mit RFK Junior haben die USA einen Schamanen als obersten Gesundheitsoffiziellen.

Howard Lutnick gilt als einer der Hauptarchitekten des sogenannten „*Liberation Day*“ am 2. April 2025, an dem Trump seine Zollpolitik mit der beschriebenen fadenscheinigen Ökonomik verkündete.²⁵ Seine öffentlichen Äußerungen, in denen Zölle widersprüchlicherweise zugleich Verhandlungstaktik zur Erreichung von Reziprozität in der Zollpolitik und von Nichtamerikanern zu zahlende dauerhafte Einnahmen für den amerikanischen Fiskus darstellen, belegen eindeutig, dass er von der Ökonomik der Zölle keine Ahnung hat. Selbst innerhalb der Trumpadministration gibt es erhebliche Zweifel an seinen Fähigkeiten (Politico: 2025a). Sein Vorstoß, Staatsausgaben aus der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts herauszunehmen, um ihre dann ja quantitativ irrelevante Reduktion durch *DOGE* zu verschleiern, ist nicht nur ein Zeichen ökonomischer Idiokratie, sondern auch des autoritären Moments im Trumpismus, das bereit ist, althergebrachte und erprobte Verfahren – hier statistisch-wissenschaftlicher Natur – über Bord zu werfen, um kurzfristige politische Ziele zu erreichen (AP News: 2025b).²⁶ Es ist besorgniserregend, dass ein US-Handelsminister offen mit der Manipulation von offiziellen Statistiken droht. Wer soll verhindern, dass in Zukunft etwa bei ökonomischen Problemen, die das Regime nicht zugeben will, oder durch weitere Stellenkürzungen bei den mit der nationalen Statistik betrauten Behörden in den USA wichtige ökonomische Indikatoren nicht mehr oder nicht mehr in der hohen Qualität erhoben werden, die man von den USA gewohnt ist? Schließlich hatte man sich schon unter der ersten Trumpadministration gerne „alternativer Fakten“ bedient, schließlich sind problematische nationale Statistiken auch aus anderen autokratischen Ländern wie Russland und China bekannt, und schließlich, drittens, wurden schon viele einfach als links-woke gebrandmarkte Daten aus der Öffentlichkeit entfernt (Washington Post: 2025a).

Die Idiokratie metastasiert auch auf die weiteren Ebenen der Trumpadministration und des Trumpuniversums. Peter Navarro, der Handelsberater des Präsidenten und der zweite Architekt des

²⁵Cavallo (2025) schreibt dazu: „While the USTR tariff calculator cites the findings from Cavallo u. a. (2021) it is not entirely clear how they use our findings. Based on our research, the elasticity of import prices with respect to tariffs is closer to 1. If that figure were used instead of 0.25, the implied reciprocal tariffs would come out about four times smaller“.

²⁶Der Vollständigkeit halber soll erwähnt werden, dass es durchaus eine wissenschaftliche Debatte darüber gab, ob das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Staatsausgaben, vor allem militärische Staatsausgaben, mit umfassen sollte. Simon Kuznets, der Erfinder des BIP, vertrat dabei eine negative Auffassung, weil er das BIP näher an einem Wohlfahrtsmaß haben wollte. John Maynard Keynes dagegen vertrat die Konzeption, die sich letztlich durchgesetzt hat, nämlich als Nationaleinkommen bzw. Nationale Produktion. Das ist eine legitime Diskussion, die auch heute noch in jeder guten Einführungsvorlesung in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung geführt wird. Diese Diskussion ist aber etwas völlig anderes als die unilaterale Abkehr von hergebrachten und international geltenden Konventionen, die das BIP über die Zeit und zwischen den Ländern vergleichbar machen sollen, aus politischen Motiven.

„*Liberation Day*“, gilt nicht nur Elon Musk als *“truly a moron”* und *“dumber than a sack of bricks”* (Wall Street Journal: 2025). Im weiteren Trumpuniversum und auf den Sozialen Medien spielt sich Oren Cass mit seinem *Bachelor of Arts in Political Economy* als intellektueller Chefökonom der trumpschen Zollpolitik auf, und das bereits vor den Wahlen im November 2024 (siehe NBC Bay Area: 2024). Auch er fällt immer wieder durch mangelndes ökonomisches Verständnis in seinen Kommentaren auf. So behauptete er etwa, Zölle seien nicht inflationär (Cass: 2025). Dieser Tweet wurde von Ökonomen heftig kritisiert, weil die Behauptung in dieser Allgemeinheit natürlich nicht stimmt (siehe etwa Barattieri, Cacciatore und Ghironi: 2019). Die idiokratische Figur Laura Loomer wurde bereits erwähnt. Trumps Kandidatin für den *Surgeon General*, Casey Means, gilt wie der Gesundheitsminister RFK Junior als Impfskeptikerin mit zweifelhaftem medizinischem Ruf. Das gilt ebenso für die eigentliche Wunschkandidatin Trumps, Janette Nasheiwat, die wie der Verteidigungsminister Peter Hegseth eine Fox News Kommentatorin ist. Sie musste letztlich wegen dieses zweifelhaften Rufs absagen (NPR: 2025d). Als letztes Beispiel sei der 19-jährige *DOGE*-Mitarbeiter „*Big Balls*“ erwähnt, der als solcher an hochrangig besetzten Meetings im Finanz- und Handelsministerium sowie bei Besprechungen von Militäroperationen zugegen war.

Wie bereits angedeutet, steht neben der Gesundheitspolitik nichts so sehr für das idiokratische Moment des Trumpismus wie dessen Zollpolitik; siehe dazu auch Magness (2025): „President Trump’s protectionist policies are erratic, ill-defined, and incoherent“. Allein die politisch motivierte schnelle Ausnahmeregelung für beliebte Konsumprodukte wie iPhones (Washington Post: 2025c) – iPhones aus China sind zwar immer noch mit einem 20 Prozent Fentanylstrafzoll belegt, aus anderen Ländern gibt es zur Zeit keine Zölle auf sie – ergibt keinen Sinn, wenn man, wie ja behauptet, diese in den USA produzieren will, gleichzeitig aber hohe Zölle von 50 Prozent auf ein wichtiges Zwischenprodukt für iPhones wie Aluminium erhebt. Solche Inkonsistenzen bestimmen die trumpsche Zollpolitik überall. Jason Furman, ein Harvardökonom, fasst es gut zusammen (zitiert nach Wolfers: 2025): „Vice President JD Vance wants to restore American manufacturing. Treasury Secretary Scott Bessent intends to build a free trade coalition against China. Council of Economic Advisers Chairman Stephan Miran wants a weaker dollar. Commerce Secretary Howard Lutnick wants a permanent new revenue source. Adviser Peter Navarro wants to unleash dramatic change and possible even chaos. But none of them are the President of the United States, and the President keeps changing his mind on both the broad goals and specific instruments of his international economic policy.“ Ein ähnliches Argument macht Magness (2025), der Trumps Einflüsterer in diesem Politikfeld in „*classical protectionists*“ (Navarro), „*neo-mercantilists*“ (Vance), „*income tax replacers*“ (Lutnick), „*negotiating bluffers*“ (Kevin Hassett) und „*trade rebalancers*“ (Miran) einteilt. Die Kommunikation der Zollpolitik wurde irgendwann so lächerlich, dass sie sogar an den Maoismus in China und dessen absurde

Rechtfertigungen für fehlgeleitete Wirtschaftspolitiken erinnerte, etwa als Trump den amerikanischen Kindern versicherte, dass zwei statt dreißig Puppen auch genügten. Dies sagte er in einem Kontext, dass die Zollpolitik zumindest in der kurzen Frist keine ökonomischen Vorteile für die amerikanische Wirtschaft bringe, diese Negativa aber wegen deren langfristigen Gesundung durch den Trump-Plan patriotisch zu durchleiden seien. Deshalb ist Trumps Zollpolitik nicht nur idiokratisch, sondern, wie seine Gesundheits- und Migrationspolitik, auch grausam, weil sie ökonomischen Wohlstand völlig ohne Grund vernichtet: ökonomischer Sadismus durch das Regime und ökonomischer Sodomasochismus bei Trumps Wählerschaft (Bachmann: 2025a; Bachmann: 2025b).

Zum Schluss sei ein Gegenbeispiel zum idiokratischen Moment aufgeführt: Der *Council of Economic Advisors (CEA)*. Dieser kann als akademisch ausgewiesener gelten als der CEA der ersten Trumpadministration, ja sogar als besser als der CEA unter Biden. Mit Pierre Yared und Kim Ruhl konnte der CEA zwei echte akademische Stars der amerikanischen Ökonomenszene gewinnen. Und auch der Vorsitzende, Stephen Miran, muss sich zumindest von seinem akademischen Hintergrund her – er hat einen PhD in Economics von Harvard –, nicht vor anderen Vorsitzenden der letzten Jahre verstecken.

Kleptokratie

Schließlich darf auch das mafiös-kleptokratische Element des Trumpismus – und vor allem das von Trump selbst, dessen Sozialisierung ja als New Yorker Immobilienmogul begann –, nicht unterschätzt werden. Die einflussreiche US-Journalistin Anne Applebaum beschreibt dies sowie Trumps Bewunderung für kleptokratische Autokraten wie Wladimir Putin in ihrem Essay „*Kleptocracy, Inc.*“ (Applebaum: 2025). Die Affäre um das von Katar geschenkte Präsidentenflugzeug und die vielen Berichte über unbezahlte Rechnungen (ABC News: 2024b) sind nur zwei Beispiele für dieses korrupt-kleptokratische Moment des Trumpismus. Da spielt es dann im übrigen auch keine Rolle mehr, wenn etwa ein Investor in Trumps *Digitalcoin* enge Verbindungen zur Kommunistischen Partei Chinas hat, angeblich dem wichtigsten strategischen Rivalen der USA (siehe The New York Times: 2025a). Überhaupt muss die Förderung von Kryptowährungen durch den Trumpismus auch in diesem Kleptokratiekontext gesehen werden.

Das gilt, schließlich, auch für die Zölle, die oben ja mit Trumps reaktionärer Faszination für das 19. Jahrhundert und seiner schlicht schlecht informierten Wirtschaftspolitik in Verbindung gebracht wurden. Zölle passen aber auch sehr gut zum korrupt-kleptokratischen Aspekt des Trumpismus. Zölle sind zwar, wie Steuern auch, laut Artikel 1, Sektion 8 der US-Verfassung eigentlich vom Kongress, also der Legislative, zu setzen. Faktisch wurde jedoch in zahlreichen einfach gesetzlichen Regelungen, anders als bei Steuern, die Festsetzung und Kontrolle von Zöllen der Exekutive und damit dem

Präsidenten überlassen. Das eröffnet dem Präsidenten zahlreiche Quid-pro-Quo-Möglichkeiten für Zollaussnahmen.

Interludium: Was ist mit dem F-Wort?

Ein Ismus wurde bisher hier noch nicht verwendet, um den Trumpismus zu charakterisieren: der Faschismus. Ist der Trumpismus letztlich eine Form des Faschismus? Ich habe das F-Wort, genauer sagt: „Protofaschismus“, im Zusammenhang mit Trump in der Vergangenheit selbst oft verwendet, und war damit in guter Gesellschaft (Rutger Bregman, Robert Paxton, Timothy Snyder, Jason Stanley; siehe Bregman: 2025). Ich bin aber inzwischen davon abgekommen. Der Grund ist nicht, dass ich diesen Gebrauch für eine Verharmlosung des Faschismus halte. Es geht hier schließlich nicht um den Faschismus des Holocausts und von Auschwitz, sondern beispielsweise um den Faschismus um 1933 in Deutschland. Vielleicht sollte man mit „Faschismus“ sogar nur die Staats- und Gesellschaftsform Italiens aus den 1920er und 1930er Jahren bezeichnen, oder eben bestimmte totalitäre Regime in Europa aus dieser Zeit.

Es ist ganz klar, dass der Trumpismus gängige Merkmale aus verschiedenen Faschismusdefinitionen aufweist. So kann man hinter jeden der zehn Punkte von Stanley (2018) einen Haken machen: Verklärung der Vergangenheit (Faszination für das 19. Jahrhundert), Dämonisierung von bestimmten Gruppen (Nationalismus, rechte Identitätspolitik), Dämonisierung von Kritikern und Angriffe auf die Wahrheit selbst (Einschränkung der Wissenschafts-, Kunst- und Pressefreiheit; Internetedgelordismus), neue soziale Hierarchien (Migrationspolitik), Umkehrung von Leidenserfahrungen (rechte Opferpolitik, Incelismus), rigide Geschlechterrollen (rechter Kommunitarismus, Machismus, Incelismus), Glorifizierung hart arbeitender Staatsbürger (Industrialismus), Glorifizierung des ländlichen Raums (rechter Kommunitarismus) sowie Verwandlung des Staates in eine Waffe (Autoritarismus). Nun wurde das Buch allerdings 2018 publiziert und ist daher unter dem Eindruck der ersten Trumpadministration entstanden. Insofern sind die Übereinstimmungen sicherlich nicht zufällig.

Aber auch hinter Umberto Ecos 14 Punkte (Eco: 1995) kann man Haken machen, wenn man sie als Folie über den Trumpismus legt: Traditionalismus, Antimodernismus, Aktionismus, Ablehnung abweichender Meinungen, Glorifizierung von Homogenität, Glorifizierung einer Mittelklasse, Neigung zur Verschwörungstheorien, Feindbilder, die gleichzeitig schwach und stark sind, Militarismus, Elitismus, Todeskult, Machismus, Populismus und Neusprech.

Ich finde es dagegen analytisch klarer, einfach nur deskriptiv von „Trumpismus“ zu sprechen, um ihn dann genau zu charakterisieren, denn: Zum Beispiel das oligarchisch-techno-neofeudalistische Element, der Libertarismus und der Isolationismus passen nicht so recht in die oben genannten Faschismusdefinitionen. Umgekehrt ist der Militarismus im Trumpismus, trotz Militärparade, bei der

es ja gerade nicht um eine Demonstration militärischer Macht der USA nach außen ging – die dürfte über jeden Zweifel erhaben sein –, sondern eben um eine Huldigung Trumps, ja durchaus ein anderer, gebrochenerer als etwa der Militarismus des italienischen Faschismus oder des Nazismus. Schließlich: Sowohl Stanleys als auch Ecos Definition fehlt ein religiöses, klerikales Element, das es in historischen Faschismen ja durchaus gab und das auch im Trumpismus in Form von Rechtskatholizismus und Evangelikalismus wiederkehrt.

2 Die Wirtschaftspolitik des Trumpismus

Nicht nur war die Präsentation der sogenannten „reziproken Zölle“ am „*Liberation Day*“ am 2. April 2025 im Rosengarten des Weißen Hauses ein bizarres Medienereignis, nicht nur wurde die vom *Office of the United States Trade Representative* nachgereichte Erklärungsformel der konkreten Zollraten für jedes Land (Office of the United States Trade Representative: 2025) aufs heftigste kritisiert (siehe etwa Cole: 2025), unter anderem auch von zitierten, sich davon aber distanzierenden Ökonomen (Cavallo: 2025; Neiman: 2025), es muss auch die erratische Behandlung der Zollpolitik durch das Trumpregime nach dem 2. April verwundern. Der Fall Chinas soll hier exemplarisch gezeigt werden (siehe Abbildung 1).

Von den von der Trumpadministration versprochenen Handelsabkommen wurde bis zum Abschluss dieser Arbeit Ende Juni nur eines mit dem Vereinigten Königreich geliefert. Dieses ist jedoch sowohl

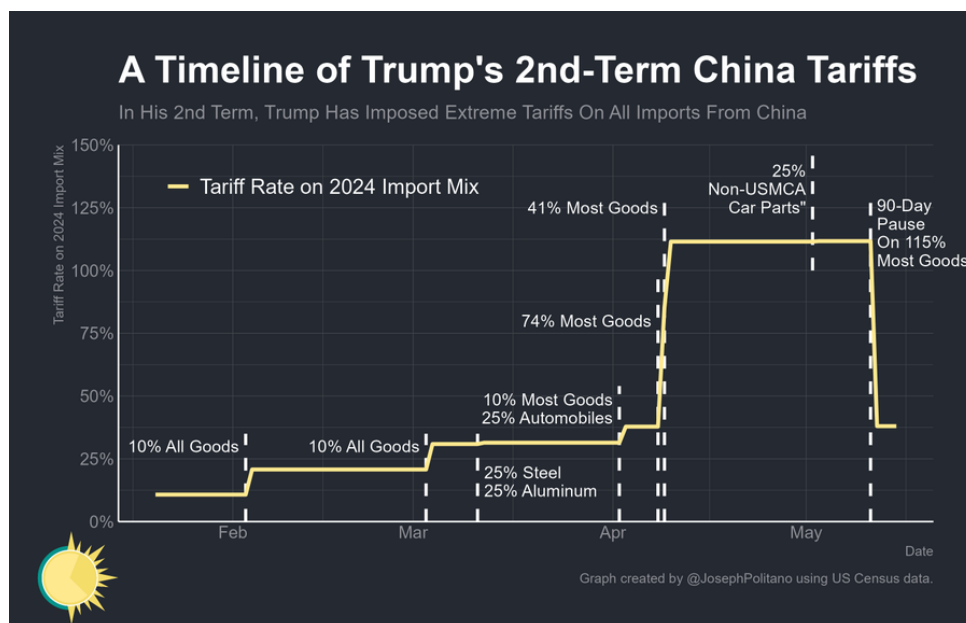


Abbildung 1: Quelle: Joseph Politano,
<https://x.com/JosephPolitano/status/1921915796067865007>. Veröffentlicht: 12. Mai 2025.

in Bezug auf das Handelsvolumen als auch auf die Veränderung zum status quo ante quantitativ kaum von Bedeutung. Mit China wurde ein allgemeiner Rahmen vereinbart, der aber dazu führen würde, dass Amerikaner ihre Importe aus China mit 55 Prozent Zöllen belegt sähen, Chinesen hingegen ihre Importe aus den USA mit nur 10 Prozent. Das hieße also eine 5,5 mal höhere Importsteuer für Amerikaner als für Chinesen. Nur in einer Idiokratie kann man das als Erfolg verkaufen. Allerdings zeichnet sich ab, dass der Schwerpunkt der Verhandlungen mit China auf den strategisch äußerst wichtigen Seltenen Erden liegt (CNN: 2025d). Dabei bleibt unklar, welchen Beitrag das Trumpregime zu dieser Einigung wirklich geleistet hat und welche Nebenkosten damit verbunden sind (siehe die oben erwähnte Metternich-Lindbergh-Theorie). Laut Setzer (2025) sind auch keine schnellen substantiellen Handelsabkommen mit den wichtigsten Handelspartnern der USA zu erwarten, weil einfach die bisherigen Angebote des Trumpregimes, jedenfalls bei einer engen Handelsbetrachtung nicht sehr attraktiv seien (das Trumpregime hätte ja durchaus andere Möglichkeiten, Wohlverhalten zu erzwingen, etwa über das Vehikel der Sicherheitspolitik).

Die Reaktionen der Finanzmärkte auf den „*Liberation Day*“ waren jedenfalls verheerend. Nicht nur stürzten, wie zu erwarten in Krisenzeiten, die amerikanischen Aktienmärkte ab (siehe Abbildung 2; dazu noch etwas mehr im nächsten Kapitel), und zwar anders als etwa bei der Covid-19 Krise aufgrund einer völlig unnötigen Politikmaßnahme – da ist er wieder, der ökonomische Sadomasochismus der USA –, sondern auch die Märkte für US Staatsanleihen (in Abbildung 2 mit den steigenden Renditen gezeigt) und der Wert des US-Dollar; was ungewöhnlich ist für Krisenzeiten, aber in diesem Fall waren die USA eben selbst Auslöser der Krise.

Dabei ist es wichtig festzustellen, dass die Trumpadministration ihren (partiellen) Rückzieher zum „*Liberation Day*“ erst dann machte, als der Druck von den Staatsanleihenmärkten zu groß wurde.²⁷ Abstürzende Aktienmärkte, die die Altersversorgung der Amerikaner infrage stellten, waren Trump erstmal gleichgültig. Ein abwertender Dollar war hingegen erwünscht bei denjenigen in der Trumpadministration, denen Leistungsbilanddefizite ein Dorn im Auge sind. Da Trump jedoch weiterhin massive Staatsschulden machen möchte, waren es die Anleihenmärkte, die ihn zum Einlenken brachten.

Die ökonomische Forschung zu den Effekten des „*Liberation Day*“ lässt sich in drei Bereiche einteilen: 1) Effekte auf Importpreise – wer zahlt die Zölle? – und ökonomische Aktivität; 2) Effekte von Handelskriegen; 3) Effekte von handelspolitischer Unsicherheit. Für den ersten Bereich gaben die bereits in der ersten Trumpadministration eingeführten Zölle reichlich Forschungsmaterial. Die Ergebnisse sind sehr eindeutig: Die ökonomische Last der Zölle wurde weitestgehend von US-

²⁷Der renommierte Stanforder Finanzmarktökonom Hanno Lustig beschreibt in Lustig (2025) sehr gut, welch ein massiver makroökonomischer Schock die „*Liberation Day*“-Zölle gewesen wären und wie sie die internationale, um den US-Dollar als Leitwährung herum konstruierte Finanzarchitektur sturmreif geschossen hätte.

Usually US economic pain is cushioned. This time it's being amplified

Relative change in market indicators, by number of days into economic crises (initial value = 100)

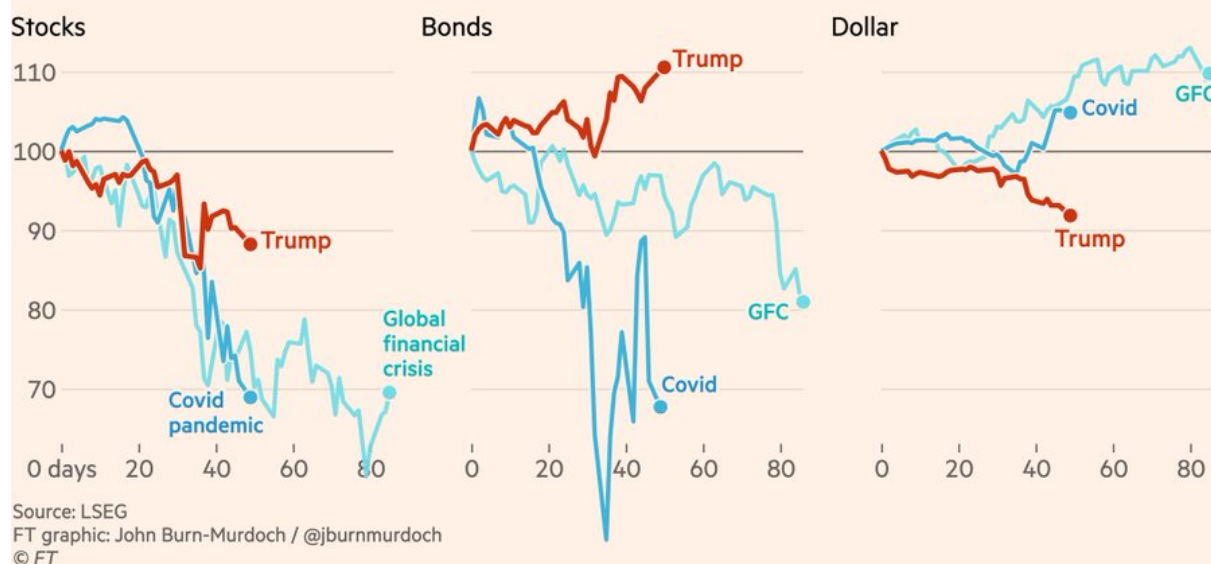


Abbildung 2: Quelle: John Burn-Murdoch,
<https://x.com/jburnmurdoch/status/1914674242576142385>. © Financial Times Ltd.
Veröffentlicht: 22. April 2025.

Amerikanern getragen, und zwar über erhöhte Importpreise (Amiti, Redding und Weinstein: 2019; Amiti, Redding und Weinstein: 2020; Fajgelbaum u. a.: 2020; Cavallo u. a.: 2021, diskutiert wird lediglich, ob diese Last eher von US-Konsumenten oder US-Firmen getragen wurde) und ein niedrigeres Beschäftigungsniveau (Flaaten und Pierce: 2024): Die Schutzwirkung der Zölle wurde eben durch höhere Inputpreise konterkariert, was angesichts immer komplexer werdender internationaler Angebotsketten nicht überrascht.²⁸

Ein zweiter Literaturstrang verwendet makroökonomische Allgemeine Gleichgewichtsmodelle, um die Effekte von Handelskriegen zu quantifizieren. Lashkaripour (2021) entwickelt dazu das methodische Instrumentarium und zeigt, noch weit vor dem „*Liberation Day*“, dass die Kosten weltweiter Handelskriege eben aufgrund der genannten komplexeren internationalen Angebotskettenverknüpfungen, stetig gestiegen sind. Er schätzt diese Kosten im Durchschnitt auf 2,8 Prozent reales Bruttoinlandsprodukt und für die USA auf immerhin 1,1 Prozent. Ignatenko u. a. (2025) untersuchen mit einem ähnlichen Modell nun konkret die „*Liberation Day*“-Zölle und kommen zu dem Ergebnis, dass es, wenn man ein Szenario ohne Gegenzölle anderer Länder unterstellt, zwar moderate Wohlfahrts-

²⁸Es gibt in der Literatur allerdings eine theoretische Diskussion darüber, ob bei hohen und sehr breit applizierten Zöllen der Effekt auf die Inflation nicht auch negativ sein könnte, und zwar dann, wenn die Zölle eine Ökonomie so stören, dass reduzierte Einkommen und Einkommenserwartungen zu einer reduzierten aggregierten Nachfrage führen, was dann disinflationär wirken könnte, wenn auch aus ökonomisch unvorteilhaften Gründen (Comin und Johnson: 2025).

gewinne in den USA gäbe – aber selbst unter dieser unrealistischen Annahme sollte der optimale Zoll für alle Länder gleich auf 19 Prozent, statt heterogen an bilateralen Handelsbilanzdefiziten ausgerichtet, gesetzt werden. Unter der realistischeren Annahme von Gegenzöllen erleiden die USA massive Wohlfahrtsverluste (3,4 Prozent), ebenso wie die gesamte Welt. Baqaee und Malmberg (2025) weisen darauf hin, dass vor allem der langfristig negative Effekt von Handelskriegen dadurch zustande kommt, dass der Preis von importierten Investitionsgütern relativ zu den Arbeitskosten nach oben verzerrt wird, wodurch dauerhaft weniger Kapital akkumuliert wird. Dies hat negative Folgen für Reallöhne und Konsum. Führt weniger Kapitalakkumulation durch endogene Wachstumseffekte auch zu dauerhaft niedrigerer totaler Faktorproduktivität (ein Effekt, der beim nationalen Sicherheitsargument pro Zölle auf Güter des Verarbeitenden Gewerbes bei Trumpisten durchaus mitschwingt), wären die Effekte von Handelskriegen noch verheerender.

Der dritte Literaturstrang beschäftigt sich mit den Folgen der durch die Erratik Trumps und seiner Administration erzeugten Politikunsicherheit. In einer bahnbrechenden Arbeit haben Baker, Bloom und Davis (2016) nicht nur gezeigt, wie sich das Konzept der Politikunsicherheit quantitativ messen lässt, sondern auch, welche kausalen ökonomischen Effekte damit einhergehen. Figure VIII in Baker, Bloom und Davis (2016) zeigt diese negativen dynamischen Effekte auf die Industrieproduktion und die Beschäftigung, die sich jedoch erst nach 6 bis 12 Monaten deutlich manifestieren. Dieses Erkenntnis ist für die Beurteilung der aktuellen ökonomischen Daten aus den USA wichtig: Wenn Politikunsicherheit einen negativen Effekt hat, dann lässt sich dieser in den Aktivitätsdaten noch nicht sehen. Caldara u. a. (2020) zeigen einen ähnlichen negativen Effekt für handelspolitische Unsicherheit (eine Übersicht über die Literatur zu handelspolitischer Unsicherheit findet sich bei Handley und Limão (2022) und Fernandez-Villaverde u. a. (2015) für fiskalpolitische Unsicherheit). Das folgende Kapitel wird zeigen, dass sowohl die handelspolitische als auch die fiskalpolitische Unsicherheit in den USA derzeit auf einem Rekordhoch sind. Das verspricht keine guten makroökonomischen Aussichten.

Der zweite Hauptaspekt der trumpschen Wirtschaftspolitik ist die Fiskalpolitik, insbesondere die Haushaltspolitik. Am 22. Mai 2025 verabschiedete das Repräsentantenhaus das „*One Big Beautiful Bill*“-Gesetz, das derzeit im Senat weiterverhandelt wird. Bereits im Januar 2025 schätzte das parteiunabhängige *Congressional Budget Office (CBO)*, dass die Staatsschuldenquote des Bundes in den USA bis 2035 auf 117 Prozent ansteigen würde, sofern die bestehende Politik fortgesetzt würde. Dies wäre ein historischer Wert für die USA (*Congressional Budget Office: 2025c*). In dem wahrscheinlichen Umfeld hoher Realzinsen bedeutet dieser Anstieg eine zunehmende Gefährdung der fiskalischen Nachhaltigkeit des Bundes in den USA. Hinzu kommen noch die vielen Degrowth-Elemente der trumpschen Wirtschaftspolitik. Nach Schätzungen des *CBO* würde nun das „*One Big Beautiful Bill*“-Gesetz diese Schuldentrajektorie noch einmal beschleunigen, da die vorgesehenen

Steuersenkungen bei weitem nicht durch entsprechende Kürzungen der Staatsausgaben kompensiert werden. Die im Januar für das Jahr 2035 auf 117 Prozent geschätzte Staatsschuldenquote würde demnach noch einmal um 11 Prozentpunkte höher ausfallen (Congressional Budget Office: 2025b).²⁹ Kumulativ würde sich das Budgetdefizit in den nächsten zehn Jahren somit um weitere 4,5 Billionen US-Dollar erhöhen, im Durchschnitt also um etwa 450 Milliarden pro Jahr oder rund ein Viertel des aktuellen Budgetdefizits.

Aus konjunktureller Sicht ergibt dieser zusätzliche fiskalische Stimulus keinen Sinn, denn die Arbeitslosenrate steigt zwar langsam an, befindet sich aber auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Inflation schafft die letzte Meile auf die von der *Federal Reserve Bank* angestrebten 2% auch nicht. Die Angebotsbedingungen dürften sich wegen der trumpschen Zoll-, Forschungs- und Migrationspolitik eher verschlechtern, so dass dieser fiskalische Stimulus mehr schaden als nutzen dürfte. Es wird jedenfalls Trump nicht gelingen, die Preise zu senken, wie er es im Wahlkampf versprochen hatte und dafür auch gewählt wurde. Noch schlimmer sind jedoch die verteilungspolitischen Wirkungen dieser Haushaltspolitik: Wie der Ökonom Justin Wolfers in Abbildung 3 zeigt, ist das „*One Big Beautiful Bill*“-Gesetz in seiner bisher verabschiedeten Form sowohl durch seine Steuer- als auch seine Ausgabenpolitik ein gigantisches Umverteilungsprogramm von unten nach oben (Congressional Budget Office (2025a) sieht das ähnlich).

Der dritte Hauptaspekt der trumpistischen Wirtschaftspolitik ist die Außenfinanzpolitik, die allerdings eng mit der Handelspolitik verknüpft ist und die vor allem durch den *CEA Chairman* Stephen Miran und den Finanzminister Scott Bessent bestimmt wird. Miran (2024) hält den US-Dollar für überbewertet, da die massiven Kapitalimporte – man sollte nicht vergessen: aufgrund der einzigartigen Fähigkeit der USA, sichere und liquide Anlagemöglichkeiten bereitzustellen – zu einer „ungesunden“ Aufwertung des Dollars führten. Dies erlaube es den Amerikanern zwar, günstig ausländische Güter zu importieren, statt sie selbst zu produzieren, bedeute jedoch gleichzeitig einen Wettbewerbsnachteil für amerikanische Exporteure. Die Folge: Das amerikanische Verarbeitende Gewerbe und die dort beschäftigten Menschen litten. Wie oben angedeutet, ist das vor allem aus Gründen der nationalen Sicherheit nicht völlig von der Hand zu weisen.

Abhilfe soll laut Miran (2024) der sogenannte *Mar-a-Lago Accord* schaffen, benannt nach Trumps Villa in Florida. Dabei handelt es sich um ein Bündel von Maßnahmen, die einerseits auf die Zoll- und Handelspolitik setzen, um Kapitalimporte von der Handelsseite her abzubauen, und die andererseits die Außenfinanzpolitik nutzen, durch die zumindest mit den USA handels- und sicherheitspolitisch nicht kooperierende Staaten, die US-Staatsanleihen halten, Zwangsumwandlungen ihrer Anleihen auf

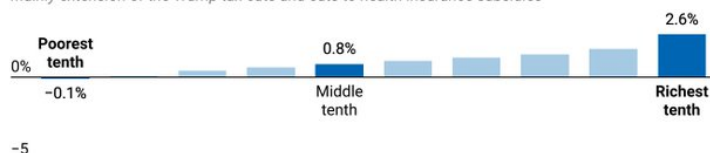
²⁹Zum Verständnis dieser Zahlen muss man die Art der Analyse verstehen, die das CBO durchführt: Es geht um die zusätzliche Veränderung von Defizit und Schulden durch das „*One Big Beautiful Bill*“-Gesetz ohne Berücksichtigung anderer Politikmaßnahmen, wie etwa den Zöllen, und ohne Einbeziehung möglicher makroökonomischer Effekte.

The budget bill passed by the house is the anti-Robin Hood

Average change in household resources over the next decade

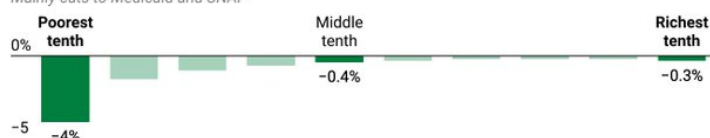
Tax cuts go overwhelmingly to the rich

Mainly extension of the Trump tax cuts and cuts to health insurance subsidies



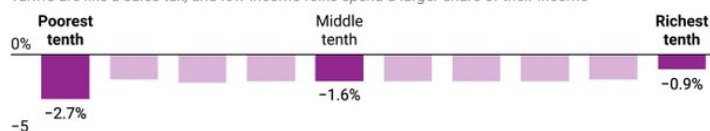
+Spending cuts overwhelmingly hurt the poor

Mainly cuts to Medicaid and SNAP



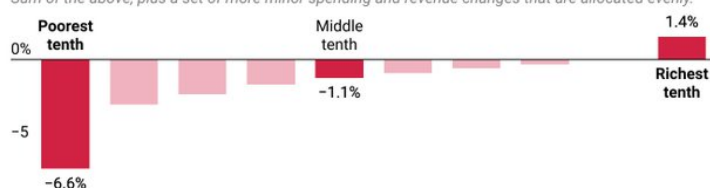
+New Trump tariffs cost the poor a larger share of their income

Tariffs are like a sales tax, and low-income folks spend a larger share of their income



=The total effect is the largest redistribution from poor to rich in American history

Sum of the above, plus a set of more minor spending and revenue changes that are allocated evenly.



*The tariffs are not in the house budget bill, but have been implemented by executive order.

Chart: @JustinWolfers • Source: Yale Budget Lab, CBO and JCT

Abbildung 3: Quelle: Justin Wolfers, <https://x.com/JustinWolfers/status/1933261581049065944>.
Veröffentlicht: 12. Juni 2025.

sehr langfristige, hundertjährige Anleihen oder Gebührenzahlungen auf erhaltene Zinsen hinnehmen müssten. Außenpolitisch zeigt sich hier wieder das angesprochene Großmachtgebarren des Trumpismus. Ökonomisch wären solche Maßnahmen nichts anderes als ein partieller Staatsbankrott – bisher unvorstellbar für den Bund in den USA. Wie schon die Verwerfungen an den Staatsanleihemärkten im Nachgang zum „*Liberation Day*“ zeigten, ist diese trumpistische Außenfinanzpolitik zwar die vielleicht am wenigsten öffentlich diskutierte, aber letztlich die gefährlichste für das Weltfinanzsystem.

Die Widersprüche im *Mar-a-Lago Accord* und mit anderen Aspekten der trumpistischen Wirtschaftspolitik sind offensichtlich: Erstens will man, wie gezeigt, mehr Staatsverschuldung, andererseits soll diese nicht von Ausländern gehalten werden. Das würde bedeuten, dass die Amerikaner diese Staatsanleihen selbst halten, also deutlich mehr sparen und weniger konsumieren müssten (sie-

he auch Lustig: 2025). Zweitens: Wenn Zölle überhaupt dazu führen könnten, dass das Ausland sie ökonomisch zu tragen hat, dann höchstens durch eine durch die geringere Nachfrage nach ausländischen Währungen verursachte Aufwertung des US-Dollars. Also: Entweder diese geschieht, dann schadet es den amerikanischen Exporteuren noch mehr, oder sie geschieht nicht, dann sind Zölle einfach Steuererhöhungen für die Amerikaner. Am Ende passt, drittens, die fahrlässige Aufgabe des *exorbitant privilege* (Lustig: 2025), also der Fähigkeit immer wieder ausländisches Finanzkapital anzuziehen und die Welthandelswährung zu stellen, auch nicht zur Großmachtpolitik des Trumpismus. Dies wird nicht nur den USA, sondern auch der Welt langfristig schaden, denn die Welt benötigt nun einmal den Kapitalmarkt der USA, während die USA sich damit einen hohen Konsum finanzieren können (siehe dazu auch Brunnermeier (2025) sowie Klein und Rogoff (2025)). Dass der Dollar wegen der trumpschen Wirtschaftspolitik im internationalen Handel immer unbeliebter werden wird, scheint sich schon jetzt anzudeuten (Bloomberg: 2025).

Abschließend sei angemerkt, dass auch die Wissenschafts- und Forschungspolitik, die Migrationspolitik sowie die Gesundheitspolitik des Trumpregimes massive ökonomische Auswirkungen haben dürften. Für das langfristige Potentialwachstum dürfte die wissenschafts- und forschungsfeindliche Politik des Regimes sogar am schädlichsten sein, waren es doch gerade die hochproduktiven US-Universitäten im Verbund mit privaten Innovationshubs und einer bisher großzügigen öffentlichen Finanzierung der Grundlagenforschung, die es den USA immer wieder ermöglicht haben, nicht nur das beste wissenschaftliche Talent auf allen Ebenen, vom Bachelorstudenten, über den Doktoranden, den Nachwuchswissenschaftler bis hin zum etablierten Professor, weltweit zu rekrutieren, sondern sich eben auch immer wieder ökonomisch und kulturell neu zu erfinden. Eine der Säulen der bisherigen Hegemonialmacht der USA, die kulturelle Hegemonie, war nicht zuletzt ihrem weltweit bewunderten Universitätssystem geschuldet. Und was die ökonomische Hegemonie angeht, ist in der ökonomischen Forschung wenig so eindeutig, wie die Tatsache, dass das langfristige Wachstum vom Wachstum der totalen Faktorproduktivität (TFP) bestimmt wird. Wie soll die Technologieführerschaft der USA und ihrer Unternehmen bestehen bleiben, wenn die unbestrittenen Quellen dieses TFP-Wachstums, nämlich Talentmigration³⁰ und Wissenschaftssektor, unterminiert werden.

Qualitativ ähnliche, langfristige negative Effekte auf kulturelle und ökonomische Hegemonie dürfte auch die schamanische Gesundheitspolitik des Trumpregimes haben: Die Krebs- und Alzheimerstudien, die heute nicht durchgeführt werden, werden in zehn Jahren zu einer kränkeren, jedenfalls weniger

³⁰Dabei ist zu beachten, dass Talentmigration nicht ganz ohne allgemeine Migration zu haben sein wird: Ein schon etabliertes Talent wird Angehörige mitbringen wollen, und oft ist es ja auch erst die zweite und dritte Generation von Migranten, die, bildungshungrig, den Aufstieg in die Bildungselite der USA schafft. Überhaupt dürfte die aus dem Nationalismus resultierende offene Xenophobie des Trumpregimes auch Talentmigration gefährden, denn auch Talente könnten ja bei kleinsten Verstößen gegen das byzantinische Migrationsrecht der USA und bei seiner unter Trump gefeierten brutalen Umsetzung im Abschiebeknast landen.

gesunden Bevölkerung als im Alternativszenario führen. Das wird mit volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sein, vor allem durch größere Ressourcenaufwendung in der Pflege, aber auch den zukünftigen Kranken weltweit schaden. Und schließlich ist auch hier die Migrationspolitik negativ verknüpft: Erstens wird ohne Migration die US-Bevölkerung schneller altern und Pflegenotstände werden virulenter werden. Zweitens werden diese Notstände dadurch verschlimmert, dass Pflegepersonal nicht zuwandern kann.

3 Die US-Wirtschaft unter dem Trumpismus

Das Trumpregime ist noch nicht lange genug an der Macht, um den Zustand der US-Wirtschaft mit harten Daten wie dem BIP und seinen Komponenten wirklich beurteilen zu können. Das liegt einerseits daran, dass BIP-Daten quartalsweise erhoben und dann mit einer Verzögerung von etwa einem Monat in einer ersten, noch sehr revisionsanfälligen Schätzung veröffentlicht werden. Das BIP ist nicht als Echtzeit-Tracker einer Ökonomie konzipiert. Hinzu kommen dann unter Umständen noch Sondereffekte durch ökonomische Verhaltensanpassungen. So muss etwa der inzwischen in der dritten Schätzung auf 0.5 Prozent korrigierte, doch sehr starke annualisierte Rückgang des realen BIPs in den USA im 1. Quartal 2025 vorsichtig interpretiert werden. Zwar ergibt sich in der dritten Schätzung auch das Bild eines anämischen Wachstums des Binnenkonsums, jedoch ist das negative BIP-Wachstum hauptsächlich durch einen massiven Anstieg der Importe getrieben (BEA: 2025). Dieser ist wohl als einmalige Anpassungsreaktion der Importeure vor dem Inkrafttreten der Trumpzölle zu bewerten. Ob die Trumpzölle eine persistenter negative Wirkung auf das BIP haben, lässt sich dieser Zahl noch nicht entnehmen.

Dennoch erlauben Monatsdaten eine erste, differenzierte Einschätzung der makroökonomischen Entwicklung im Trumpismus. Beginnen wir mit einer Betrachtung der Industrieproduktion (Abbildung 4), einem monatlichen Aktivitätsmaß hauptsächlich des Verarbeitenden Gewerbes. Hier lässt sich höchstens eine leichte Abwärtsbewegung seit der Amtsübernahme Trumps erkennen, insgesamt jedoch eher eine Seitwärtsbewegung.

Ein leicht anderes Bild ergibt sich aus der Betrachtung der Bautätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe (Abbildung 5). Dieses ist ein Indikator für die zukünftige wirtschaftliche Aktivität im Verarbeitenden Gewerbe, denn hier werden ja gerade die Ausgaben für neue Produktionsstätten gemessen. Bereits unter der Regierung von Joe Biden gab es eine leicht rückläufige Bautätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe, und die Politik des Trumpregimes hat es bisher jedenfalls nicht geschafft, wie gewünscht ein Reindustrialisierungsfeuer zu entzünden. Insgesamt wird sich zeigen, dass Daten, die eher die aktuelle Gegenwart messen oder leicht rückwärtsgewandt sind, ein noch einigermaßen po-

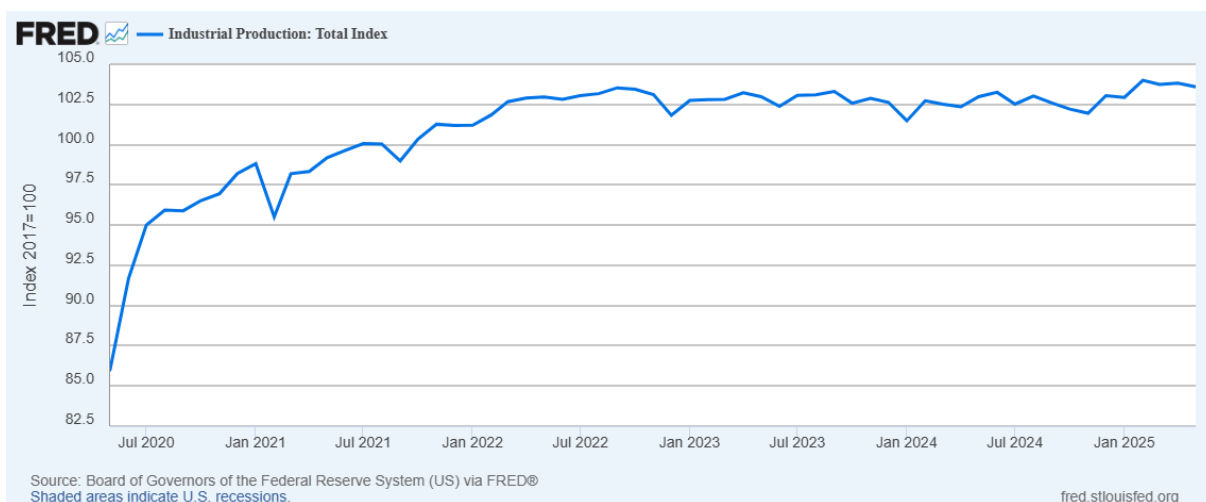


Abbildung 4: Industrieproduktion. Quelle: St. Louis Fed. Abgerufen am 26. Juni 2025.

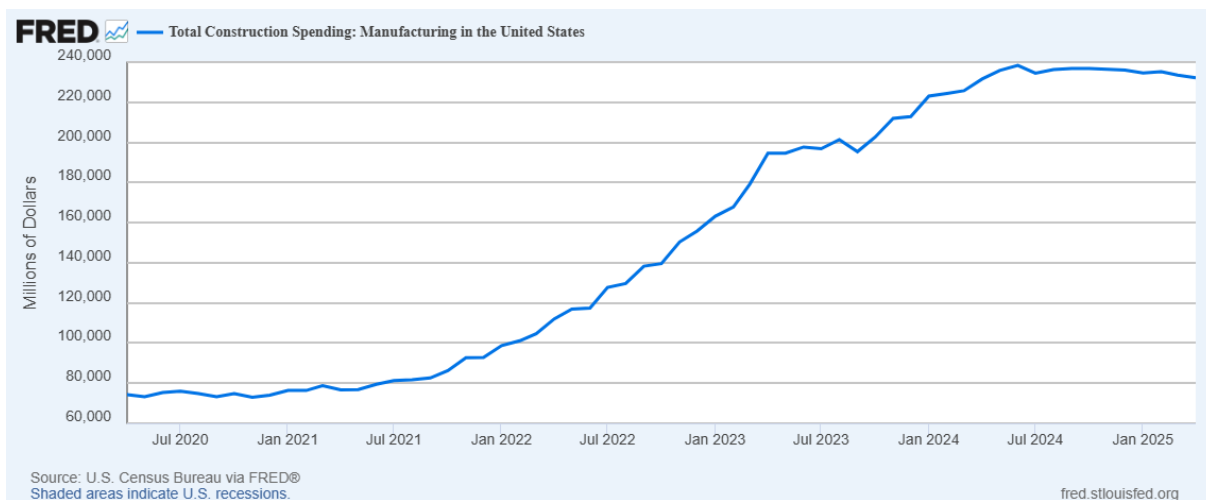


Abbildung 5: Bautätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe. Quelle: St. Louis Fed. Abgerufen am 26. Juni 2025.

sitives Bild der US-Wirtschaft zeichnen. Vorwärtsschauende Daten zeichnen hingegen ein deutlich negativeres Bild.

Die Arbeitslosenquote (Abbildung 6) und die Verbraucherinflation (Abbildung 7) stehen nach wie vor gut da. Die Arbeitslosenquote, die allerdings typischerweise ein nachlaufender Indikator ist, verzeichnete einen sehr leichten Anstieg in letzter Zeit, die Verbraucherinflation ist tendenziell rückläufig; man sieht in ihr zwar noch keine massiven Zolleffekte, aber es ist vielleicht doch bedeutsam, dass sie in den letzten Monaten bei leicht steigender Arbeitslosigkeit auch keine Tendenz zeigte, wirklich auf das von der Federal Reserve Bank angestrebte Niveau von 2 Prozent zurückzugehen. Dies gilt auch für die für die Geldpolitik wichtigere Inflation, die durch die Veränderungsrate des Personal

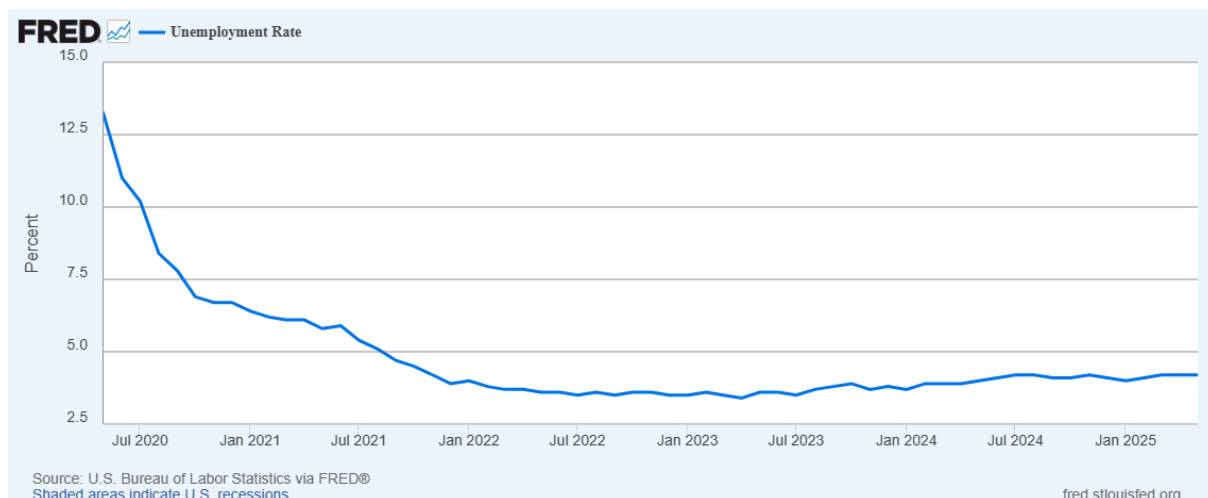


Abbildung 6: Arbeitslosenquote. Quelle: St. Louis Fed. Abgerufen am 26. Juni 2025.

Consumption Expenditure Preisindex gemessen wird, was auch die Zurückhaltung des Vorsitzenden Jerome Powells bei Zinssenkungen erklären dürfte (AP News: 2025a).

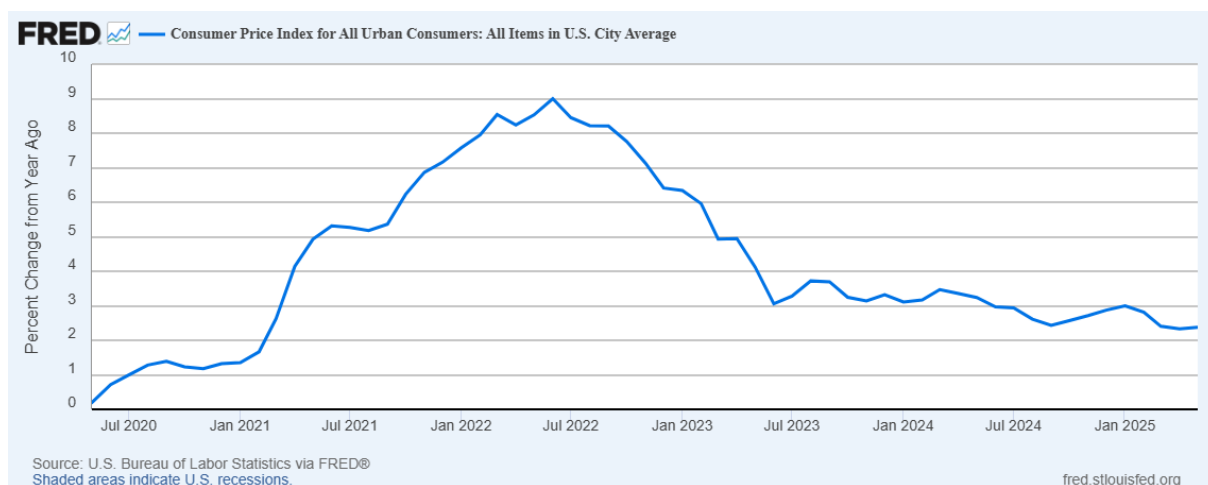


Abbildung 7: Verbraucherpreisinflation. Quelle: St. Louis Fed. Abgerufen am 26. Juni 2025.

Interessant ist allerdings das jüngste Abknicken des Wachstums der Arbeitsproduktivität, das außerhalb von Rezessionen und anderen Verwerfungen typischerweise stetig positiv wächst (Abbildung 8). Dies wird weiter zu beobachten sein.

Auch sanken die realen verfügbaren Einkommen und die realen Konsumausgaben im Mai 2025 deutlich (Abbildung 9).

Ebenso gibt der private US-Immobilienmarkt Anlass zur Sorge, ein typischerweise dem Konjunkturzyklus vorlaufender Indikator. Baubeginne (rot in Abbildung 10) und Baugenehmigungen (blau in Abbildung 10) tendieren seit Januar 2025 nach unten und sind nahezu auf dem tiefsten Stand



Abbildung 8: Arbeitsproduktivität. Quelle: St. Louis Fed. Abgerufen am 26. Juni 2025.

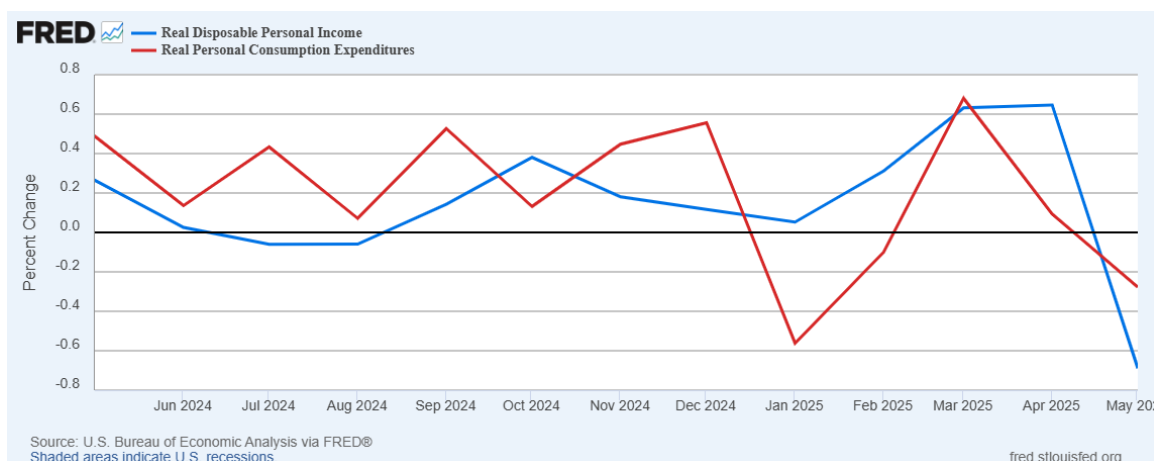


Abbildung 9: Reale verfügbare Einkommen und reale Konsumausgaben. Quelle: St. Louis Fed. Abgerufen am 26. Juni 2025.

seit der Covid-19 Krise. Die verschiedenen Politiken des Trumpregimes dürften der Bautätigkeit in den USA gleich dreifach zusetzen: Hohe Zinserwartungen durch das erwartete höhere Budgetdefizit des Bundes sowie von den Zöllen verursachter Inflationsdruck und die wohl einstweilen nicht akkommodierende Geldpolitik (siehe Jerome Powells jüngste Anhörung im Kongress; AP News: 2025a), denn Bauinvestitionen sind das zinsreagibelste Nachfrageaggregat (Bachmann und Rüth: 2020); Zölle auf importiertes Baumaterial; und Engpässe beim stark migrantisch geprägten Arbeitsangebot im Bausektor. Weitere vorlaufende Indikatoren wie das sinkende Konsumenten- und Businessvertrauen, letzteres im Verarbeitenden Gewerbe, (Abbildung 11) sowie die massiv gestiegenen Inflationserwartungen (Abbildung 12) deuten ebenfalls auf sich eintrübende Zukunftsaussichten hin.

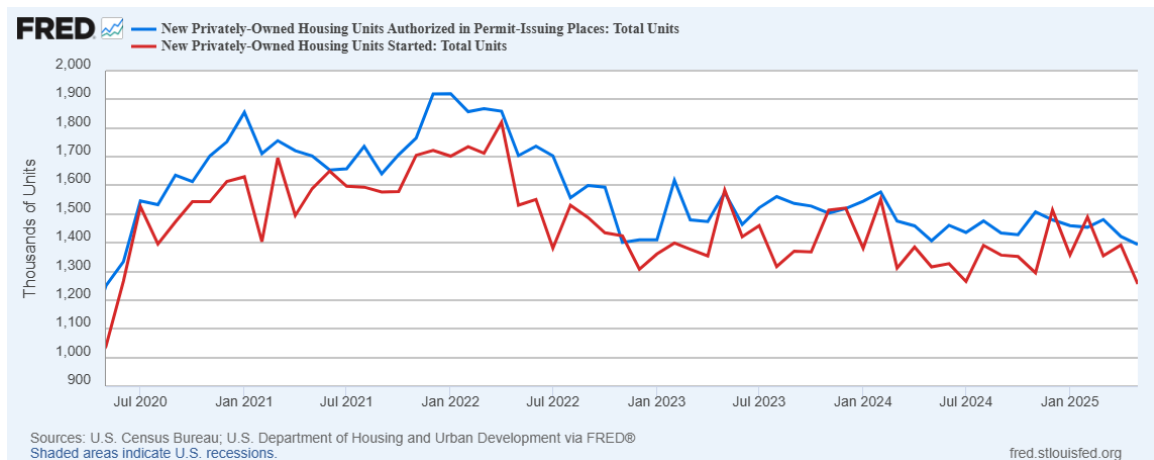


Abbildung 10: Baubeginne und Baugenehmigungen. Quelle: St. Louis Fed. Abgerufen am 26. Juni 2025.

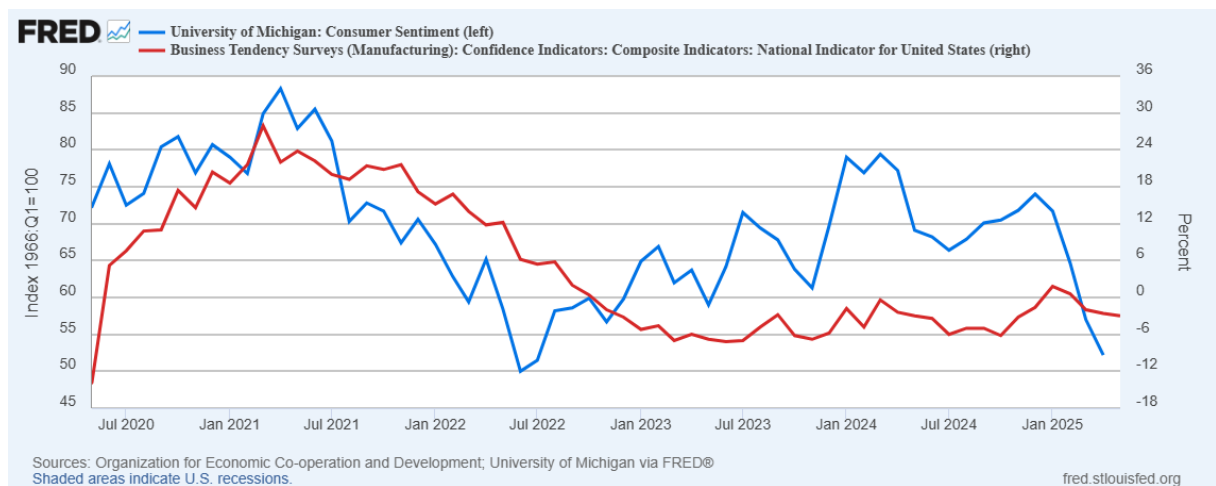


Abbildung 11: Quelle: St. Louis Fed. Abgerufen am 26. Juni 2025.

Abbildung 13 zeigt, da von der Federal Reserve Bank of New York erhoben, das Businessvertrauen für den wichtigen Bundesstaat New York, aufgeschlüsselt nach allgemeinem Vertrauen (blau), geplanten Investitionen (rot) und neuen Bestellungen (grün). Alle sind rückläufig.

Vielleicht genauso wichtig wie die Erwartungen ist, wie im vorherigen Kapitel angedeutet, die steigende Unsicherheit, die das Trumpregime erzeugt. Unsicherheit ist schädlich für alle ökonomischen Aktivitäten, die langfristige Planungen wie Investitionen in physische Gegenstände (Ausrüstungen und Gebäude), aber auch Immaterielles wie Kunden- und Lieferantenbeziehungen und/oder Kreditfinanzierungen involvieren. Die allgemeine wirtschaftspolitische Unsicherheit (Abbildung 14) sowie die speziellen politischen Unsicherheiten in der Handelspolitik und der Fiskalpolitik (Abbildung 15) sind unter Trump hoch, und zwar, noch, außerhalb von Rezessionen. Die speziellen handels- und fiskalpo-

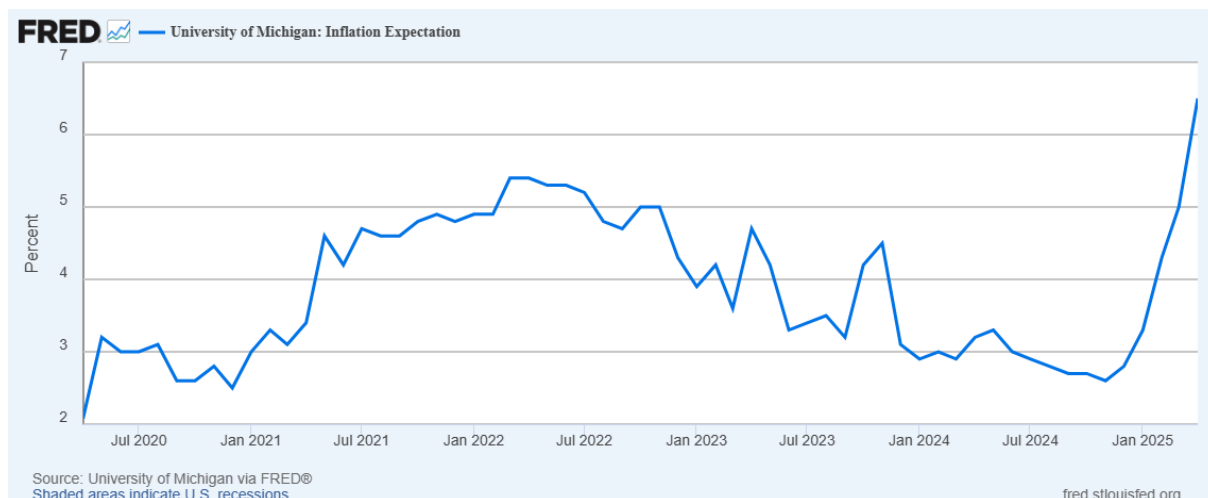


Abbildung 12: Inflationserwartung. Quelle: St. Louis Fed. Abgerufen am 26. Juni 2025.

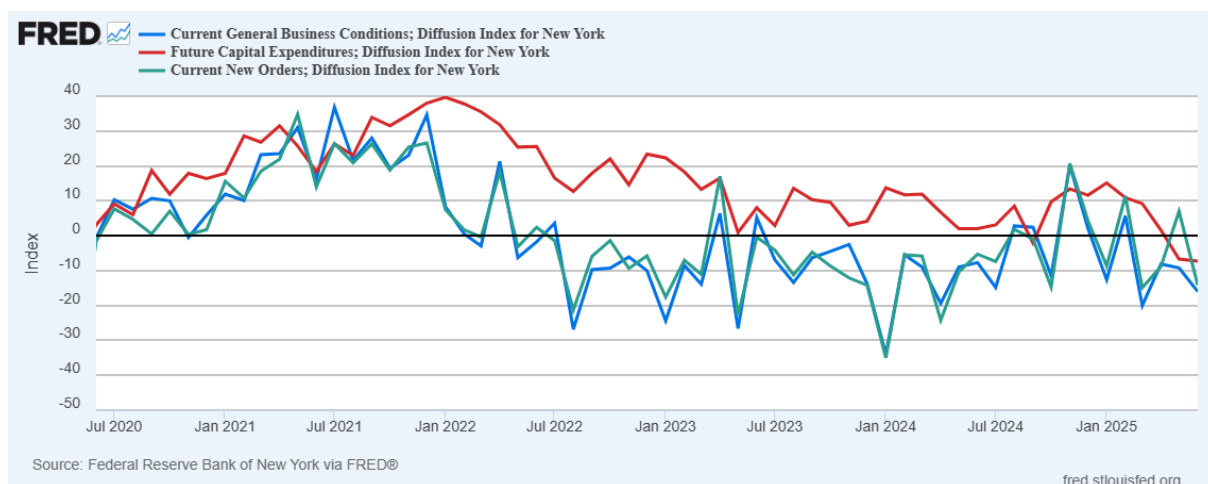


Abbildung 13: Businessvertrauen New York. Quelle: St. Louis Fed. Abgerufen am 26. Juni 2025.

litischen Unsicherheiten sind sogar auf einem Rekordhoch. Und auch die Inflationsunsicherheit steigt wieder langsam an (Abbildung 16).

Freilich stellt sich nun die Frage, warum man die ökonomischen Auswirkungen dieser erhöhten Unsicherheit noch nicht stärker in den tatsächlichen Aktivitätsdaten sieht. Einerseits mag es Mechanismen geben, die die negative Reaktion von Aktivität auf Unsicherheit überlagert, etwa die in Aussicht gestellten Steuersenkungen (für wirklich kausale Methoden fehlen noch ein paar Datenpunkte in der Zeitreihe), andererseits zeigen, wie gesagt, die empirischen Untersuchungen des Mechanismus, dass sich die kausalen Unsicherheitseffekte erst nach einigen Quartalen manifestieren.

Nicht unerwähnt bleiben sollen auch die der trumpschen Politik geschuldeten Einbrüche in den Touristenzahlen in die USA. Zwar ökonomisch eher regional von Bedeutung, zeigt sich hier doch,

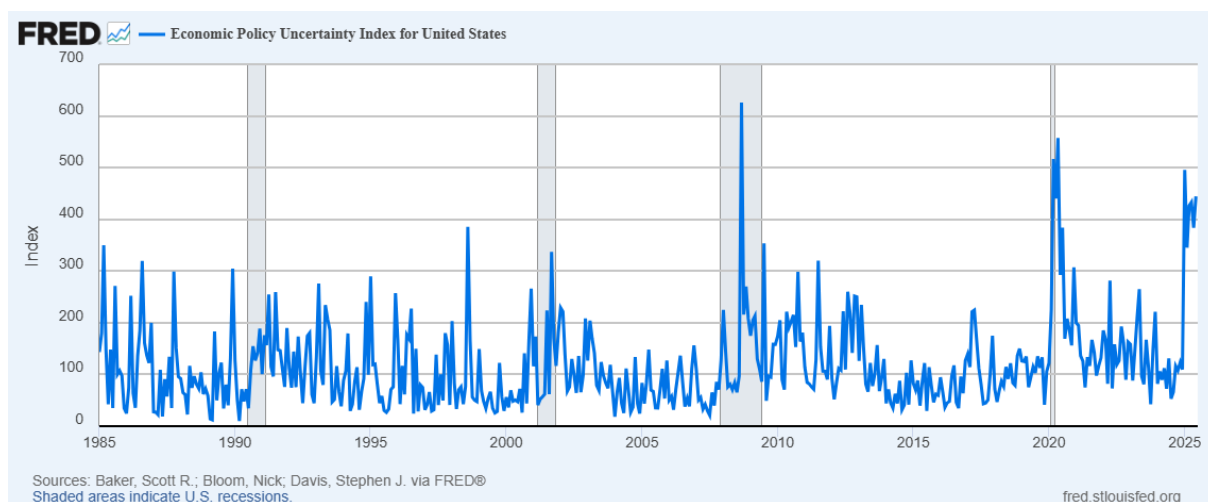


Abbildung 14: Wirtschaftspolitische Unsicherheit. Quelle: St. Louis Fed. Abgerufen am 26. Juni 2025.

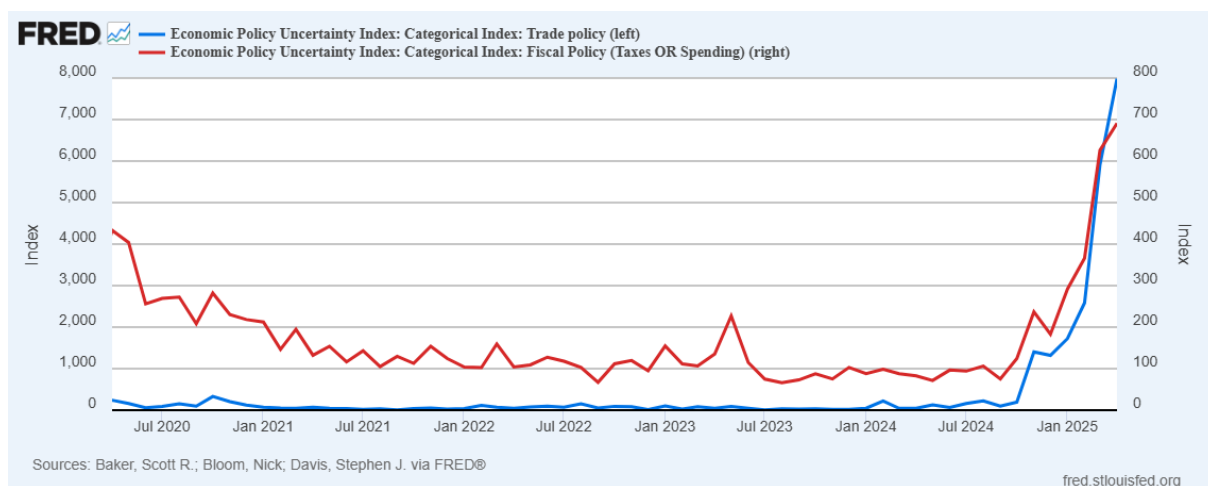


Abbildung 15: Politische Unsicherheiten in Handels- und Fiskalpolitik. Quelle: St. Louis Fed. Abgerufen am 26. Juni 2025.

wie die USA gerade nicht nur ihre ökonomische Attraktivität verspielen, sondern auch ihre kulturelle (siehe hierzu Abbildung 17).

Zum Schluss: Zwar haben sich die Aktienmärkte in den USA nach dem Absturz in Folge des „*Liberation Day*“ wieder erholt und haben nun fast wieder das hohe Niveau vom Februar 2025 erreicht (CNN: 2025c), aber dennoch ist folgende Perspektive interessant: Hätte man am 6. November 2024, also dem Tag nach der Präsidentenwahl, 1.000 Euro in den S&P 500 Index investiert, so hätte man am 25. Juni 2025 1.027,50 Euro im Portfolio.³¹ Hätte man denselben Betrag in den FTSE 100 im Vereinigten Königreich investiert, so wären es 1.067,70 Euro und im deutschen DAX sogar

³¹Hier geht es nur um eine anschauliche Illustration der Performance des Aktienindex, ohne Wechselkurseffekte, Steuern oder sonstige Effekte, die eine Aktienrendite faktisch auch mit bestimmen.

Inflation uncertainty

Median one- and three-year ahead uncertainty

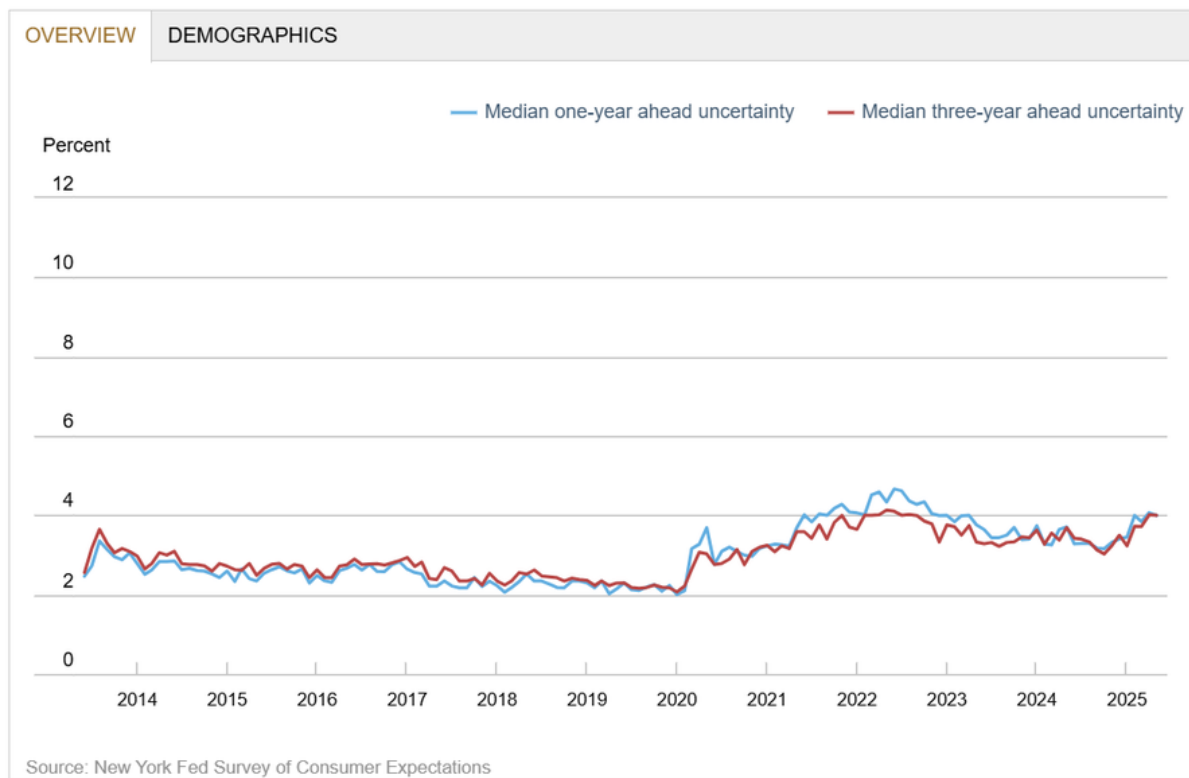


Abbildung 16: Inflationsbedingte Unsicherheit. Joseph Politano, <https://x.com/JosephPolitano/status/1937848250557399090>. Veröffentlicht: 25. Juni 2025.

1.181,10 Euro. Der US-Aktienmarkt hat also gegenüber den Aktienmärkten in anderen entwickelten Volkswirtschaften klar underperformat.

Es muss noch einmal betont werden, dass es eigentlich viel zu früh ist, die Wirtschaftspolitik des Trumpregimes wirklich sauber zu beurteilen. Für kausale Analysen, die die tatsächliche ökonomische Aktivität betreffen, fehlen schlicht die Daten. Hier können nur (Muster) voraussagen aufgrund von historischen Zusammenhängen zwischen etwa der Zollpolitik und ökonomischer Aktivität oder zwischen Erwartungs- und Unsicherheitsvariablen mit ökonomischen Aktivitätsvariablen gemacht werden, die als vorläufig zu gelten haben und vielleicht revidiert werden müssen. Vielleicht müssen nach der *Trumponomics* sogar die ökonomischen Lehrbücher über Zölle und die Rolle von Erwartungen und Unsicherheit umgeschrieben werden.

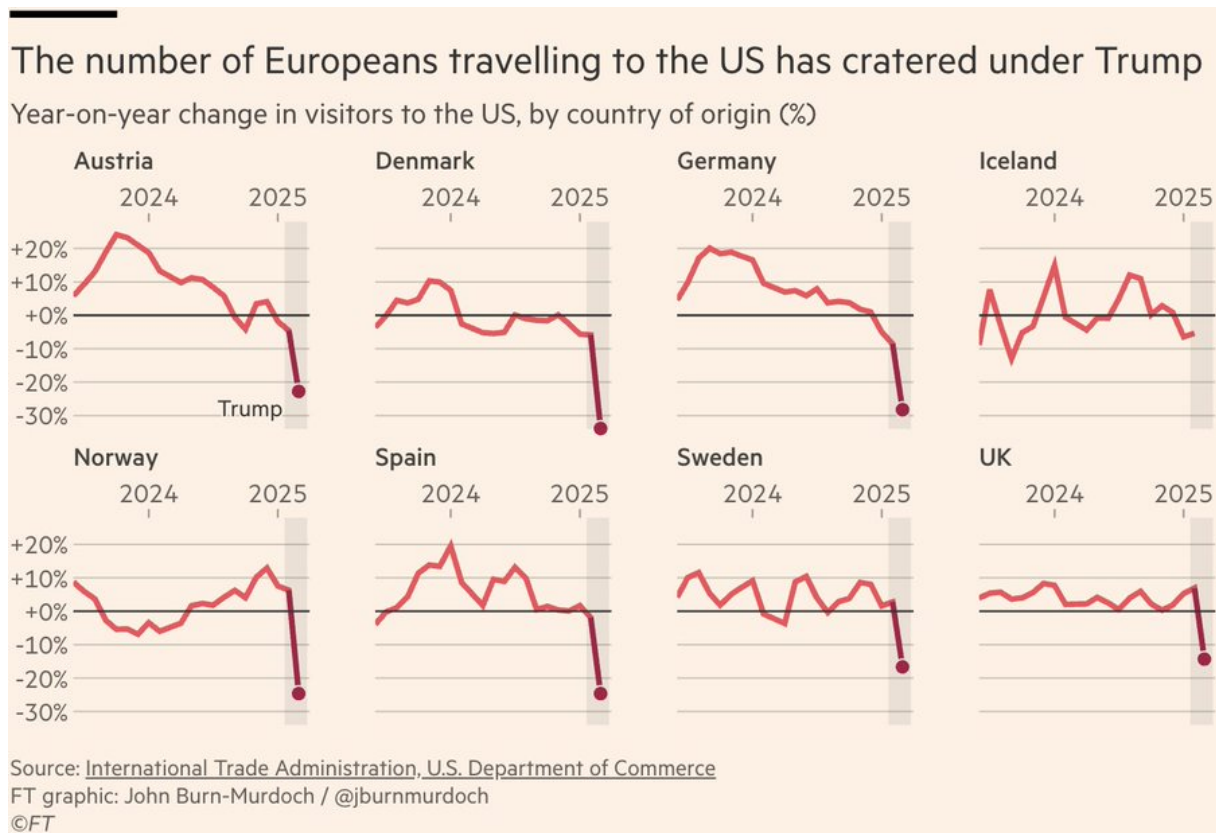


Abbildung 17: Quelle: John Burn-Murdoch,
<https://x.com/jburnmurdoch/status/1910770466018427014>. © Financial Times Ltd.
Veröffentlicht: 11. April 2025.

Ganz zum Schluss kann man aber eines doch sicher sagen: Vor allem die trumpsche Wirtschaftspolitik polarisiert die Amerikaner massiv. Linksliberale und Moderate freunden sich plötzlich mit der Idee des Freihandels an, während konservative Wähler damit immer weniger anfangen können (Abbildung 18). Aber sogar innerhalb der Trumpwähler erkennt man eine zunehmende Polarisierung in wirtschaftspolitischen Fragen zwischen eingefleischten *MAGA*- und Nicht-*MAGA*-Wählern (Abbildung 19). Daraus lässt sich spekulieren, dass Donald Trump, hätte er wirtschaftspolitisch einfach den Biden-Aufschwung laufen lassen, und sich auf die Migrationspolitik, vor allem im Zusammenhang mit Banden- und Drogenkriminalität, konzentriert, vielleicht eine stabile politische Koalition behalten und somit die Grundlage für weitere elektorale Erfolge der Republikaner gelegt hätte. So aber ist dieser Erfolg zumindest bei den 2026 anstehenden Zwischenwahlen zum Kongress in Gefahr.

American attitudes towards free trade have rapidly polarised

Share of people who strongly approve of free trade, by ideology



Source: Polarization Research Lab: America's Political Pulse

FT graphic: John Burn-Murdoch / @jburnmurdoch

©FT

Abbildung 18: Quelle: John Burn-Murdoch,
<https://x.com/jburnmurdoch/status/1913189536529531149>. © Financial Times Ltd.
Veröffentlicht: 18. April 2025.

4 Schlussbemerkung

Quo vadis, USA? Fest steht nur, dass die Erratik und die durch sie erzeugte Unsicherheit und innere Widersprüchlichkeit, also der atemlose, permanente Ausnahmezustand in den USA, weitergehen wird. Das Welthandelssystem, das Weltfinanzsystem, das Weltsicherheitssystem – allen voran die NATO – und die Weltgesundheit bleiben höchst prekär und erschütterbar. Fest steht auch, dass der Trumpismus weiterhin eine hegemoniale Großmachtrolle für die USA reklamieren wird, und dennoch faktisch alles dafür tut, mindestens zwei der drei Säulen funktionierender Hegemonialmacht, nämlich ökonomische und kulturelle Hegemonie (lediglich die militärische dürfte noch nicht so in Zweifel stehen), zu untergraben. Es läuft also auf eine höchst ungemütliche multipolare Welt hinaus, in der auch die Rolle Chinas, von dessen bisherigen einigermaßen friedlichen und kooperativen Verhalten man nicht

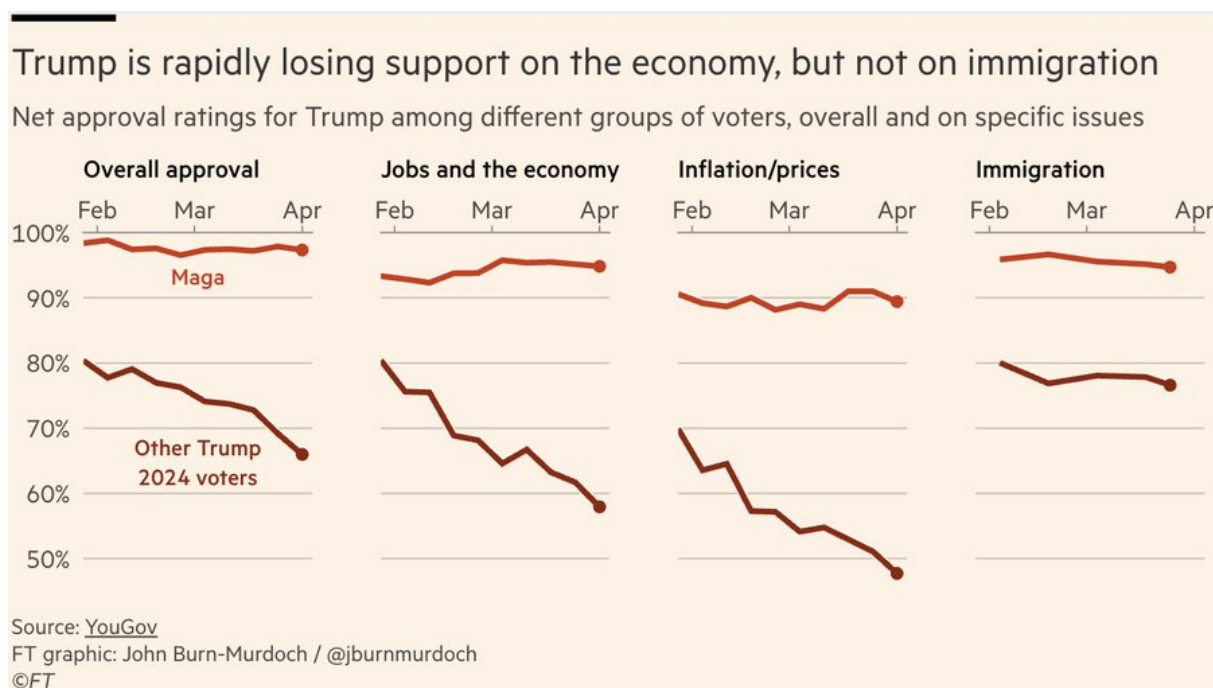


Abbildung 19: Quelle: John Burn-Murdoch,
<https://x.com/jburnmurdoch/status/1908147040187494756>. © Financial Times Ltd.
 Veröffentlicht: 4. April 2025.

auf dessen Verhalten in einer multipolaren Welt mit einer schwächeren USA schließen sollte (Kagan: 2025), noch völlig unklar ist.

Die richtige Reaktion Deutschlands und vor allem Europas auf diese Erratik und Unsicherheit ist allerdings gerade kein Attentismus, sondern ein proaktives Umgehen damit. Um ein Pol in der multipolaren Welt sein zu können, wird Europa unter den künftigen großmachtpolitischen Bedingungen in der Welt selbst zu einer uneuphorischen und freundlich-empathischen Großmacht werden müssen. Andernfalls wird es als politische Entität untergehen. Ein Europa, das aus vielen Schweizen besteht, ist nicht überlebensfähig, weil die internationale Rolle der Schweiz nicht replizierbar ist. Das wiederum bedeutet aber, dass Europa seine ökonomische, militärische, aber auch seine kulturelle Macht stärken muss. Mit der Stärkung der militärischen Macht hat man nun begonnen – keine Sekunde zu früh. Aber das wird dauern. Mit der Stärkung der ökonomischen Macht und vor allem der kulturellen Macht scheint sich Europa hingegen mehr Zeit zu lassen. Eine echte Wachstums- und Innovationsagenda wurde zwar oft diskutiert und angekündigt, ist aber noch nicht zu erkennen. Bei der kulturellen Macht sieht es noch düsterer aus. Anstatt die von den USA erhaltene und eigentlich nicht erwartbare Chance zu nutzen, um die europäischen Universitäten zu den besten der Welt zu machen, die auch für die vielen Talente des Globalen Südens, insbesondere Afrikas, attraktiv wären, setzt man in großen Teilen Europas auf zunehmende Xenophobie gegenüber

Studierenden und Wissenschaftlern aus anderen (auch europäischen) Ländern, und in Deutschland auf Gastromehrwertsteuer, Agrardiesel und Mütterrente.

Haben die deutsche und europäische Politik also wirklich schon verstanden, was der Trumpismus ist und welche Folgen, Erratik, Unsicherheit und Prekarität, er für alle und alles haben wird, oder leistet man sich immer noch einen bequemen, naiven Transatlantizismus? An der Beantwortung dieser Frage hängt nichts Geringeres als die politische Existenz Europas.

Literatur

- ABC News (2024a). National Exit Polls: President. <https://abcnews.go.com/Elections/exitpolls-2024-us-presidential-election-results-analysis>.
- (Nov. 2024b). Trump campaign leaving some cities with hundreds of thousands in unpaid bills after rallies. <https://abcnews.go.com/Politics/trump-campaign-leavingcities-hundreds-thousands-unpaid-bills/story?id=115415455>.
- Amiti, M., S. Redding und D. Weinstein (2019). The Impact of the 2018 Tariffs on Prices and Welfare. *Journal of Economic Perspectives* 33.4, S. 187–210.
- (2020). Who's Paying for the US Tariffs? A Longer Term Perspective. *AEA Papers and Proceedings* 110, S. 541–546.
- AP News (Juni 2025a). Fed's Powell repeats warning about tariffs as some GOP senators accuse him of bias. <https://apnews.com/article/fed-powell-tariffs-inflation-bias2a6a403f44697d444dac67c6fd3ff214>.
- (März 2025b). The Trump administration may exclude government spending from GDP, obscuring the impact of DOGE cuts. <https://apnews.com/article/trump-gdpeconomy-government-spending-lutnick-7414ba1bd441bd4bf64620bfd66923b2>.
- Applebaum, A. (Apr. 2025). Kleptocracy, Inc. *The Atlantic*. <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2025/04/trump-kleptocracy-autocracy-inc/682281/>.
- Autor, D., D. Dorn und G. Hanson (2013). The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States. *The American Economic Review* 103.6, S. 2121–2168.
- Bachmann, Rüdiger (Apr. 2025a). Das wird zur Verarmung des Volkes führen. T-Online. https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/usa/id_100663430/-trumps-zoelle-werden-zurverarmung-des-amerikanischen-volkes-fuehren-.html.
- (2025b). Lässt Trump die Märkte mit voller Absicht crashen? *Kölnische Rundschau*, 7. April. <https://www.rundschau-online.de/politik/us-zoelle-laesst-trump-diemaerkte-mit-voller-absicht-crashen-1000526>.
- (2025c). USA: Vierpunkteplan für ein Brain Gain. *Wirtschaftsdienst* 105.6, S. 394.
- Bachmann, Rüdiger und Stephan Rüth (2020). Systematic Monetary Policy and the Macroeconomic Effects of Shifts in Residential Loan-to-Value Ratios. *International Economic Review* 61.2, S. 503–530.
- Baker, Scott, Nicholas Bloom und Steven Davis (2016). Measuring Economic Policy Uncertainty. *The Quarterly Journal of Economics* 131.4, S. 1593–1636.

- Baqae, D. und H. Malmberg (2025). Long-Run Effects of Trade Wars. Arbeitspapier, UCLA. http://www.econ.ucla.edu/baqae/main_v7_live.pdf.
- Barattieri, Alessandro, Matteo Cacciatore und Fabio Ghironi (2019). Protectionism and the Business Cycle. *Journal of International Economics* 129, S. 103417.
- BBC (Apr. 2025a). How much has Elon Musk's Doge cut from US government spending? <https://www.bbc.com/news/articles/cn4j33klz33o>. Published 25 April 2025.
- (Mai 2025b). Trump administration considers suspending habeas corpus. <https://www.bbc.com/news/articles/c0qgz18g1ljo>. Published 10 May 2025.
- BBC News (Apr. 2025a). Trump says he 'could' return mistakenly deported man if he wanted to. <https://www.bbc.com/news/articles/cpdz72lwe1yo>. Published 30 April 2025.
- (Juni 2025b). Who has been arrested by ICE under Trump? <https://www.bbc.com/news/articles/c86p821p660o>. Published 11 June 2025.
- BEA (Juni 2025). Gross Domestic Product, 1st Quarter 2025 (Third Estimate). Techn. Ber. Released 26 June 2025. Bureau of Economic Analysis.
- Bloomberg (Juni 2025). Many Exporters No Longer Want Dollars, US Bank Executive Says. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2025-06-16/many-exporters-no-longer-want-dollars-us-bank-executive-says>. Published 16 June 2025.
- Bregman, Rutger (Juni 2025). Thread auf X vom 14. Juni 2025. <https://x.com/rcbregman/status/1933966012921282697>. Twitter thread.
- Brunnermeier, Markus (Apr. 2025). US Dollar, Deficits, & Safe Assets: Entering a New Global Economic Order? Video, Markus' Academy, YouTube. Published 17 April 2025. <https://www.youtube.com/watch?v=F0M42ZJ9BrM>.
- Caldara, Dario u. a. (2020). The Economic Effects of Trade Policy Uncertainty. *Journal of Monetary Economics* 109, S. 38–59.
- Caliendo, Lorenzo und Fernando Parro (2023). Lessons from US–China Trade Relations. *Annual Review of Economics* 15, S. 13–47.
- Carlson, Tucker und Ted Cruz (2025). Tucker Confronts Ted Cruz on His Support for Regime Change in Iran. YouTube Video. Published on YouTube. <https://www.youtube.com/watch?v=smemFVe015E>.
- Cass, Oren (Juni 2025). Post auf X vom 24. Juni 2025. https://x.com/oren_cass/status/1937599349371879725. X thread.
- Cavallo, Alberto (Apr. 2025). Post auf X vom 3. April 2025. <https://x.com/albertocavallo/status/1907974351967633570>. X thread.

- Cavallo, Alberto u. a. (2021). Tariff Pass-Through at the Border and at the Store: Evidence from US Trade Policy. *The American Economic Review: Insights* 3.1, S. 19–34.
- Chait, Jonathan (Apr. 2025). A Loophole That Would Swallow the Constitution. *The Atlantic*. <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2025/04/trump-constitution-abrego-garcia/682487/>.
- CNN (Apr. 2025a). Comics like Tim Dillon helped Trump reach young men. Democrats want in on the joke. <https://www.cnn.com/2025/04/19/politics/tim-dillon-comedians-trump/index.html>.
- (Juni 2025b). Padilla was pushed to the ground and handcuffed. It highlights a growing trend in the Trump administration. <https://www.cnn.com/2025/06/12/politics/padilla-handcuffed-trump-trend-analysis>.
- (Juni 2025c). The S&P 500 just ended the day inches away from completing a \$9.8 trillion roundtrip. Here's what's going on. <https://www.cnn.com/2025/06/26/investing/us-stock-market>.
- (Juni 2025d). US, China formalize deal on rare earth shipments in trade breakthrough. <https://www.cnn.com/2025/06/27/business/us-china-trade-deal-agreement-signed-intl-hnk>.
- Cole, A. (Apr. 2025). Trump's Reciprocal Tariff Calculations Are Nonsense, Will Punish Mutually Beneficial Trade. Tax Foundation Blog. <https://taxfoundation.org/blog/trump-reciprocal-tariffs-calculations/>.
- Comin, Diego und Robert Johnson (Jan. 2025). Tariffs are coming: How trade dynamics will shape aggregate demand and inflation. VOXEU column. <https://cepr.org/voxeu/columns/tariffs-are-coming-how-trade-dynamics-will-shape-aggregate-demand-and-inflation>.
- Congressional Budget Office (Juni 2025a). Distributional Effects of H.R. 1, the One Big Beautiful Bill Act. Techn. Ber. CBO. <https://www.cbo.gov/system/files/2025-06/61387-Distributional-Effects.pdf>.
- (Juni 2025b). Effects on Deficits and the Debt of Enacting H.R. 1 and of Making Certain Tax Policies in H.R. 1 Permanent. Techn. Ber. CBO. <https://www.cbo.gov/system/files/2025-06/61471-Deficits-Debt.pdf>.
- (Jan. 2025c). The Budget and Economic Outlook: 2025 to 2035. Techn. Ber. CBO. <https://www.cbo.gov/system/files/2025-01/60870-Outlook-2025.pdf>.
- Council of Economic Advisers (Juli 2024). Tariffs as a Major Revenue Source: Implications for Distribution and Growth. Techn. Ber. The White House. <https://bidenwhitehouse.archives>.

- gov/cea/written-materials/2024/07/12/tariffs-as-a-major-revenue-source-implications-for-distribution-and-growth/.
- Delong, J. Bradford und Lawrence H. Summers (1991). Equipment Investment and Economic Growth. *The Quarterly Journal of Economics* 106.2, S. 445–502.
- Dessewffy, Thomas (Juni 2024). Why MAGA Republicans Are Obsessed With Viktor Orbán. *Time*. <https://time.com/6993483/budapest-playbook-orban-trump/>.
- Diamond, Peter und James A. Mirrlees (1971). Optimal Taxation and Public Production I: Production Efficiency. *The American Economic Review* 61.1, S. 8–27.
- Dillon, Frank, William Kerr und Edward Glaeser (2025). Workplace Segregation between College and Non-college Workers. Working Paper 33653. National Bureau of Economic Research.
- Eco, Umberto (Juni 1995). Ur-Fascism. *The New York Review*.
- Espenlaub, Fabian (Juni 2025). Die Peter Thiel Story. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/die-peter-thiel-story-108.html>.
- Fajgelbaum, Pablo D. u. a. (2020). The Return to Protectionism. *The Quarterly Journal of Economics* 135.1, S. 1–55.
- Fernandez-Villaverde, Jesús u. a. (2015). Fiscal Volatility Shocks and Economic Activity. *The American Economic Review* 105.11, S. 3352–3384.
- Flaen, Aaron und Justin Pierce (2024). Disentangling the Effects of the 2018-2019 Tariffs on a Globally Connected U.S. Manufacturing Sector. *Review of Economics and Statistics*. Forthcoming.
- Goldberg, Jonah (März 2025). The Trump Administration Accidentally Texted Me Its War Plans. *The Atlantic*. <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2025/03/trump-administration-accidentally-texted-me-its-war-plans/682151/>.
- Handley, Kyle (Apr. 2025). We Have a Bad Globalization Narrative, Not Bad Economics. Cato Institute Blog. <https://www.cato.org/blog/we-have-bad-globalization-narrative-not-bad-economics>.
- Handley, Kyle und Nuno Limão (2022). Trade Policy Uncertainty. *Annual Review of Economics* 14, S. 363–395.
- Harper's Magazine (Feb. 2023). Is Liberalism Worth Saving? The future of an ideal. Harper's Magazine. <https://harpers.org/archive/2023/02/is-liberalism-worth-saving-francis-fukuyama-cornel-west-deirdre-mccloskey-patrick-deneen/>.
- Heckman, James und Hua Fang (Mai 2025). The Real Story of the 'China Shock'. *The Wall Street Journal*. <https://www.wsj.com/opinion/the-real-story-of-the-china-shock-manufacturing-employment-trade-af12ef3a>.

- Howley, Kevin (Juni 2025). Playing Secretary: As war looms, Pete Hegseth's Pentagon is beset by infighting over leaks, drugs, and socks. How long will Trump stand by his man? *New York Magazine*. <https://nymag.com/intelligencer/article/defense-secretary-pete-hegseth-pentagon-leaks-signalgate-trump.html>.
- Ignatenko, Anastasia u. a. (2025). Making America Great Again? The Economic Impacts of Liberation Day Tariffs. Arbeitspapier. https://alashkar.pages.iu.edu/ILMS_tariff_analysis.pdf.
- Jäger, Thomas (Juni 2025). Post auf X vom 17. Juni 2025. <https://x.com/jaegerthomas2/status/1934846593150406680>. X thread.
- Kagan, R. (Mai 2025). After Paradise: The US, EU and UK in a Disordered World. 2025 Dahrendorf Lecture. <https://podcasts.ox.ac.uk/Dahrendorf-Kagan>.
- Klein, Ezra und Kenneth Rogoff (Mai 2025). Is the Sun Setting on America's Financial Empire? The Ezra Klein Show. <https://www.youtube.com/watch?v=pT2cohNt6a4>.
- Lashkaripour, Alireza (2021). The Cost of a Global Tariff War: A Sufficient Statistics Approach. *Journal of International Economics* 131, S. 103419.
- Lee, K. M. u. a. (2025). Are Immigrants More Innovative? Evidence From Entrepreneurs. *Journal of Economics & Management Strategy*, S. 1–27.
- Levitsky, Steven und Lucan Way (2002). Elections Without Democracy: The Rise of Competitive Authoritarianism. *Journal of Democracy* 13.2, S. 51–65.
- Lustig, Hanno (Apr. 2025). Post auf X vom 10. April 2025. X thread. <https://x.com/HannoLustig/status/1910451375907188737>.
- Magness, P. (Apr. 2025). The Nonsense of the 'Tariff Men'. *The Independent*. <https://www.independent.org/article/2025/04/11/the-nonsense-of-the-tariff-men/>.
- Miran, S. (2024). A User's Guide to Restructuring the Global Trading System. Hudson Bay Capital. https://www.hudsonbaycapital.com/documents/FG/hudsonbay/research/638199_A_Users_Guide_to_Restructuring_the_Global_Trading_System.pdf.
- NBC Bay Area (Mai 2024). Meet the leaders of the Trump era's new conservative economic populism. News article. <https://www.nbcbayarea.com/news/business/money-report/meet-the-leaders-of-the-trump-eras-new-conservative-economic-populism/3544992/>.
- NBC News Survey (März 2025). March 2025. Survey release. <https://pos.org/wp-content/uploads/2025/03/NBC-March-2025-Poll-3-16-2025-Release.pdf>.
- Neiman, Brent (Apr. 2025). The Trump White House Cited My Research to Justify Tariffs. It Got It All Wrong. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2025/04/07/opinion/trump-tariff-math-formula.html>.

- NPR (Apr. 2025a). 'Homegrown are next': Trump hopes to deport and jail U.S. citizens abroad. NPR News. <https://www.npr.org/2025/04/16/nx-s1-5366178/trump-deport-jail-u-s-citizens-homegrown-el-salvador>.
- (Juni 2025b). Former DOGE engineer says federal waste and fraud were 'relatively nonexistent'. NPR News. <https://www.npr.org/2025/06/02/nx-s1-5417994/former-doge-engineer-shares-his-experience-working-for-the-cost-cutting-unit>.
- (Juni 2025c). The Trump administration is building a national citizenship data system. NPR News. <https://www.npr.org/2025/06/29/nx-s1-5409608/citizenship-trump-privacy-voting-database>.
- (Mai 2025d). Trump picks Casey Means for surgeon general, after first nominee withdraws. NPR News. <https://www.npr.org/2025/05/07/nx-s1-5389962/trump-casey-means-surgeon-general>.
- Office of the United States Trade Representative (2025). Reciprocal Tariff Calculations. Techn. Ber. U.S. Trade Representative. https://ustr.gov/sites/default/files/files/Issue_Areas/Presidential%20Tariff%20Action/Reciprocal%20Tariff%20Calculations.pdf.
- Orbán, Viktor (Juli 2014). Prime Minister Viktor Orbán's Speech at the 25th Bálványos Summer Free University and Student Camp. Lecture.
- Pen America (Nov. 2024). Banned in the USA: Beyond the Shelves. Report. <https://pen.org/report/beyond-the-shelves/>.
- Politico (Apr. 2025a). 'I don't know anyone that isn't pissed off at him': Trump world turns on Lutnick. <https://www.politico.com/news/2025/04/01/trump-tariffs-liberation-day-lutnick-politics-00262869>.
- (Apr. 2025b). 'We are all afraid': Murkowski says fear of retaliation from Trump administration is 'real'. <https://www.politico.com/news/2025/04/17/lisa-murkowski-trump-retaliation-00295852>.
- (Juni 2025c). RFK Jr. says US won't donate to global vaccine effort. <https://www.politico.eu/article/rfk-jr-accuses-gavi-ignoring-vaccine-safety-us-donate-health-covid-children-donald-trump-who-cdc/>.
- (Mai 2025d). RFK Jr. threatens to bar government scientists from publishing in leading medical journals. <https://www.politico.com/news/2025/05/27/rfk-jr-nih-scientists-medical-journals-jama-lancet-nejm-00371349>.
- Republicans against Trump (Juni 2025a). Post auf X vom 10. Juni 2025. <https://x.com/RpsAgainstTrump/status/1932588722916057355>. X thread.

- Republicans against Trump (Juni 2025b). Post auf X vom 17. Juni 2025. <https://x.com/RpsAgainstTrump/status/1934978195058553334>. X thread.
- (Juni 2025c). Post auf X vom 22. Juni 2025. <https://x.com/RpsAgainstTrump/status/1936959175394771452>. X thread.
- Reuters (Juni 2025a). Exclusive: US Marines carry out first known detention of civilian in Los Angeles, video shows. <https://www.reuters.com/world/us/us-marines-carry-out-first-known-detention-civilian-los-angeles-video-shows-2025-06-13/>.
- (Juni 2025b). Trump administration weighs adding 36 countries to travel ban, memo says. <https://www.reuters.com/world/us/trump-administration-weighs-adding-36-countries-travel-ban-memo-says-2025-06-15/>.
- Russ, D. und L. Cox (2020). Steel Tariffs and U.S. Jobs Revisited. Econofact. <https://econofact.org/steel-tariffs-and-u-s-jobs-revisited>.
- Schweighauser, P. (Juni 2025). Post auf X vom 11. Juni 2025. <https://x.com/pschweighaus/status/1932888714042331345>. X thread.
- Setzer, Brad (Mai 2025). Post auf X vom 18. Mai 2025. https://x.com/Brad_Setzer/status/1924196881795518701. X thread.
- Shapiro, Jonathon und Zsombor Vegh (Okt. 2024). The Orbanisation of America: Hungary's Lessons for Donald Trump. Policy Brief. European Council on Foreign Relations.
- Smith, Noah (Mai 2025a). America Has Become a Laughingstock – This Is No Longer a Serious Country. Noahpinion.blog. <https://www.noahpinion.blog/p/america-has-become-a-laughingstock>.
- (Feb. 2025b). America Is Being Sold Out by Its Leaders. Noahpinion.blog. <https://www.noahpinion.blog/p/america-is-being-sold-out-by-its>.
- Stanley, Jason (2018). How Fascism Works. Random House.
- Summers, Lawrence H. (2025). Tariffs, Decline, and the Promise of AI | A Conversation with Larry Summers and Niall Ferguson. YouTube Video. <https://www.youtube.com/watch?v=Sy-fn5MWFik>.
- Supreme Court of the United States (Apr. 2025a). 604 U.S. ____ (2025) (No. 24A949). Supreme Court decision. Decided April 10, 2025.
- (Mai 2025b). 605 U.S. ____ (2025) (No. 24A966). Supreme Court decision. Decided May 22, 2025.
- Sureka, Shikha und Julia Witte (Dez. 2024). Immigrant Nobel Laureates: U.S. Higher Education Infrastructure in a Global Context. Techn. Ber. Institute for Immigration Research.

- The 19th (Feb. 2025). Andrew Tate, the 'king of toxic masculinity,' and His Return to the U.S. The 19th News. <https://19thnews.org/2025/02/andrew-tate-brothers-toxic-masculinity-trump/>.
- The Guardian (Mai 2025). RFK Jr's 'Maha' report found to contain citations to nonexistent studies. The Guardian. <https://www.theguardian.com/us-news/2025/may/29/rfk-jr-maha-health-report-studies>.
- The New Republic (Juni 2025). Damning Report Exposes Stephen Miller's Shady Ties to Palantir. The New Republic. <https://newrepublic.com/post/197149/stephen-miller-palantir-stocks-immigration-report>.
- The New York Times (Okt. 2020). 'We're not a democracy,' says Mike Lee, a Republican senator. That's a good thing, he adds. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2020/10/08/us/elections/mike-lee-democracy.html>.
- (Juni 2025a). Buyer With Ties to Chinese Communist Party Got V.I.P. Treatment at Trump Crypto Dinner. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2025/06/06/us/politics/trump-crypto-dinner-china-he-tianying.html>.
- (Juni 2025b). Trump Shifts Deportation Focus, Pausing Most Raids on Farms, Hotels and Eateries. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2025/06/13/us/politics/trump-ice-raids-farms-hotels.html>.
- (Mai 2025c). Why Trump Suddenly Declared Victory Over the Houthi Militia. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2025/05/12/us/politics/trump-houthis-bombing.html>.
- Thiel, Peter (Apr. 2009). The Education of a Libertarian. Cato Unbound. <https://www.cato-unbound.org/2009/04/13/peter-thiel/education-libertarian/>.
- (Sep. 2014). Competition Is for Losers. *The Wall Street Journal*. <https://www.wsj.com/articles/peter-thiel-competition-is-for-losers-1410535536>.
- USA Today (Juni 2025). 'No Kings' organizers say protests drew large crowds: Here are their estimates. *USA Today*. <https://www.usatoday.com/story/news/politics/2025/06/15/how-many-people-attended-no-kings/84219725007/>.
- Vox (Apr. 2025). The Strange Link Between Trump's Tariffs and Incel Ideology. <https://www.vox.com/culture/408578/trump-tariffs-incels-misogyny-email-jobs>.
- Wall Street Journal (Apr. 2025). Why Musk vs. Navarro Matters. *The Wall Street Journal*. <https://www.wsj.com/opinion/elon-musk-peter-navarro-tariffs-donald-trump-white-house-e65d2467>.

- Wang, Zhi u. a. (2018). Re-Examining the Effects of Trading with China on Local Labor Markets: A Supply Chain Perspective. Working Paper 24886. National Bureau of Economic Research.
- Washington Post (Juni 2025a). Here Are the People Trump Doesn't Want to Exist. *The Washington Post*. <https://www.washingtonpost.com/opinions/interactive/2025/trump-deletions-government-records-defense-photos/>.
- (Juni 2025b). Navigating Iran Crisis, Trump Relies on Experience Over Star Power. *The Washington Post*. <https://www.washingtonpost.com/national-security/2025/06/18/iran-war-trump-hegseth-gabbard/>.
- (Apr. 2025c). Phones, Other Electronics Exempt from New Tariffs, Trump Administration Says. *The Washington Post*. <https://www.washingtonpost.com/business/2025/04/12/trump-tariff-exemptions-smartphones-computers/>.
- (Juni 2025d). RIP, MAHA. *The Washington Post*. <https://www.washingtonpost.com/opinions/2025/06/25/maha-kennedy-trump-health-food-stamps/>.
- (Juni 2025e). Trump Officials Reverse Guidance Exempting Farms, Hotels from Immigration Raids. *The Washington Post*. <https://www.washingtonpost.com/immigration/2025/06/16/trump-farms-hotels-immigration-raids/>.
- (Apr. 2025f). Trump's Long History Hating Global Trade — and Loving Tariffs. *The Washington Post*. <https://www.washingtonpost.com/politics/2025/04/09/trump-tariffs-history-stock-market/>.
- (Mai 2025g). U.S. Pushes Nations Facing Tariffs to Approve Musk's Starlink, Cables Show. *The Washington Post*. <https://www.washingtonpost.com/business/2025/05/07/elon-musk-starlink-trump-tariffs/>.
- WBZ News (Mai 2025). 12-year-old boy left alone on sidewalk after ICE raid in Massachusetts. CBS Boston. <https://www.cbsnews.com/boston/news/waltham-mass-ice-arrest-boy-left-alone/>.
- Williams, James (Nov. 2016). What So Many People Don't Get About the U.S. Working Class. *Harvard Business Review*. <https://hbr.org/2016/11/what-so-many-people-dont-get-about-the-u-s-working-class>.
- Wolfers, Justin (Apr. 2025). Post auf X vom 17. April 2025. X thread. <https://x.com/JustinWolfers/status/1912977125520392631>.
- Zorn, D.-P. (Juni 2025). Dossier: Peter Thiel – der Vermittler. Politik & Ökonomie Blog. <https://politischeoekonomie.com/dossier-peter-thiel-der-vermittler/>.

IMPRESSUM

Institution und Anschrift:

Kiel Institut für Weltwirtschaft
Kiellinie 66, 24105 Kiel
Telefon: 0431 / 8814 – 1
Telefax: 0431 / 8814 – 500
E-Mail: info@ifw-kiel.de

Standort Berlin:

Kiel Institut für Weltwirtschaft
Chausseestraße 111, 10115 Berlin
Telefon: +30 30830637-5
Email: berlin@ifw-kiel.de

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft —
Leibniz Zentrum zur Erforschung globaler öko-
nomischer Herausforderungen ist eine rechtlich
selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts
des Landes Schleswig-Holstein.

Gesetzliche Vertretung:

Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident
Prof. Dr. Christoph Trebesch, Vize-Präsident
Birgit Austen, Geschäftsführende Administrative
Direktorin

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:

DE 251899169

Foto:

Titelbild: © whitehouse.gov | CC BY 3.0 US

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bil-
dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des
Landes Schleswig-Holstein
Jensendamm 5, 24103 Kiel



© 2025 Kiel Institut für Weltwirtschaft.

Alle Rechte vorbehalten.

<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-report/>